



**Umweltinstitut  
München e.V.**

**JAHRES- & TRANSPARENZBERICHT**

**UNSER JAHR 2023**

# INHALTSVERZEICHNIS

EDITORIAL	4
ÜBER UNS	5

## UNSER JAHR 2023

Wir lüften das Geheimnis der Vinschgauer Spritzbücher	9
Interview: „Auf gar keinen Fall klein begeben“	11
Das Anti-SLAPP-Gesetz kommt	13
„Bienen und Bauern retten“: Gegenwind aus Brüssel	14
Zehn weitere Jahre Glyphosat	15
Giftvertrag EU-Mercosur stoppen	19
Deutschland steigt aus dem Energiecharta Vertrag aus / CETA-Leak: Geheime Interpretationserklärung veröffentlicht	21
Entlastung schaffen: Klimageld jetzt	22
So bringen wir die Konzerne zum Energie sparen	23
Stoppen wir das Klimagift	25
Wasserstoff: Nur fair und erneuerbar	26
Stadtwerke raus aus der Gaslobby	27
Die Klimawende kommt von unten	28
Atomausstieg: Es wird abgeschaltet!	29

## UMWELTSCHUTZ IN AKTION

Unser Messprogramm	32
Rauchender Container in Berlin	33
Zu Gast bei den Vereinten Nationen	35
Unser Infomaterial: zum Selberlesen und Verteilen	36
Ökolandbau erleben und verstehen	37
Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) beim Umweltinstitut	38
Unabhängig und erfolgreich für eine artenreiche und vielfältige Umwelt	39

## ORGANISATION

Unser Organigramm	42
Unser Vorstand	43
Mitarbeiter:innen- und Gehaltsstruktur	45
Fördermitglied werben und Prämie sichern	46

## DAS JAHR 2023 IN ZAHLEN

Einnahmen und Ausgaben	48
Wir danken	54
Kontakt	55
Impressum	58

# EDITORIAL

Liebe Leser:innen,

das Ende des Jahres 2023 war für uns Umwelt- und Klimaschützer:innen nicht leicht zu verdauen: Glyphosat wurde für weitere zehn Jahre zugelassen, die EU hat ihre Pläne zur Pestizidreduktion vorerst begraben, im Klimabereich folgte ein Debakel der Ampelregierung auf das nächste. Doch wenn Sie durch diesen Jahresbericht blättern, werden Sie feststellen: Es gab auch viele positive Entwicklungen. Auch 2023 konnten wir einiges erreichen!

Das Jahr begann für das Umweltinstitut mit einem Paukenschlag: Nach monatelanger Vorarbeit veröffentlichten wir im Januar unsere Auswertung der Südtiroler Spritzhefte. Wie Sie sich vielleicht erinnern, wollte uns die dortige Obstwirtschaft mit einer Klage zum Schweigen bringen – und erreichte damit genau das Gegenteil. Wir wurden freigesprochen und gelangten im Zuge des Prozesses an die Aufzeichnungen der Pestizideinsätze von mehr als 700 Obstbetrieben. Die erschreckenden Ergebnisse schlugen enorme Wellen.

Ein weiterer besonderer Tag für uns als Organisation, die sich nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl gegründet hatte, war der 15. April: An diesem Tag wurden die letzten deutschen Atomkraftwerke vom Netz genommen. Auf diesen Erfolg, den wir jahrzehntelang gemeinsam mit unseren Unterstützer:innen und Verbündeten erstritten haben, können wir sehr stolz sein.

Darüber hinaus haben wir alle Hebel in Bewegung gesetzt, um auf die negativen Auswirkungen des EU-Mercosur-Abkommens aufmerksam zu machen, haben dazu beigetragen, dass mehr als 40 Stadtwerke aus dem Gaslobbyverband „Zukunft Gas“ ausgetreten sind, und verschafften unseren Forderungen mit einem riesigen Elefanten vor dem Bundeskanzleramt oder einem rauchenden Container vor dem Bundestag Gehör.

Möglich ist all das nur dank Ihnen, unseren Fördermitgliedern, Spender:innen und Unterstützer:innen. Sie sind es, die mit Ihren Beiträgen die finanzielle Basis unserer Arbeit schaffen und mit Ihrem Zuspruch dafür sorgen, dass wir selbst in schwierigen Zeiten nicht aufgeben, sondern noch eine Schippe drauflegen. Für Ihre großartige Hilfe möchte ich mich im Namen unseres gesamten Teams ganz herzlich bedanken und wünsche Ihnen nun viel Vergnügen bei der Lektüre unseres Jahresberichts.



Fabian Holzheid  
Politischer Geschäftsführer





# ÜBER UNS

Seit mehr als 35 Jahren kämpft das Umweltinstitut für eine artenreiche und vielfältige Umwelt, in der alle ein gutes Leben führen können.

Nach der Atomkatastrophe in Tschernobyl zieht eine radioaktive Wolke bis nach Deutschland. Statt die Bevölkerung umfassend zu informieren, vertuschen und verharmlosen die deutschen Behörden die Gefahr. Eine Gruppe engagierter Bürger:innen und Wissenschaftler:innen will das nicht hinnehmen und beginnt, selbst unabhängige Messungen der radioaktiven Belastung durchzuführen. Im Juli 1986 gründen sie das Umweltinstitut München. Aus der lokalen Initiative ist eine professionelle Umweltorganisation geworden, die sich erfolgreich in die deutsche und europäische Umweltpolitik einmischt.

## Unsere Mission

Wir gehen den Dingen auf den Grund. Wir informieren auf Basis unabhängiger Messungen und wissenschaftlicher Erkenntnisse. Wir ermutigen Menschen, sich mit uns gemeinsam stark zu machen für zukunftsweisende Veränderungen. Neben den Gründungs-

themen Radioaktivität und Atomkraft kämpfen wir dafür, das Artensterben und die Klimakrise einzudämmen. Unser Ziel: die Agrarwende hin zu 100 Prozent ökologischer Landwirtschaft sowie die Energiewende hin zu einer vollständig regenerativen Energiegewinnung.

## Unabhängig – kritisch – engagiert

Unsere Unabhängigkeit hat für uns oberste Priorität: Zum größten Teil finanzieren wir uns aus den Beiträgen unserer mehr als 12.000 Fördermitglieder und Spenden. Hinzu kommen Stiftungszuwendungen für einige Projekte sowie ein kleiner Anteil an Fördermitteln. Es sind viele kleine Beiträge, die es uns ermöglichen, nachzuforschen, nachzubohren, Protest zu organisieren und so lange am Ball zu bleiben, bis wir die Politik in Berlin und Brüssel immer wieder ein kleines Stück in die richtige Richtung bewegen können.

### **GEGRÜNDET**

*Seit 1986 gehen wir der Umweltbelastung auf den Grund und organisieren Kampagnen und Projekte für mehr Umwelt- und Klimaschutz.*

### **UNSER ZIEL**

*100 % Ökolandbau ohne Pestizide und Massentierhaltung und eine zu 100% erneuerbare Energieversorgung.*

### **UNABHÄNGIG**

*Menschen wie Sie ermöglichen mit Ihren Spenden und Förderbeiträgen unsere Arbeit – unabhängig von Politik und Wirtschaft.*





# UNSER JAHR 2023

Wir sorgten mit der Auswertung Südtiroler Spritzhefte für Aufsehen, standen mit einem riesigen Elefanten vor dem Bundeskanzleramt und setzten alle Hebel in Bewegung, um die erneute Zulassung von Glyphosat oder den Abschluss des EU-Mercosur-Abkommens zu verhindern. Auf den folgenden Seiten erfahren Sie alles zu diesen Kampagnen sowie zu unserem weiteren Einsatz für mehr Umwelt- und Klimaschutz.







Januar:  
Auswertung Südtiroler  
Spritzhefte  
→ Seite 9



Februar:  
Der Elefant vor  
dem Kanzleramt  
→ Seite 23



Mai:  
Parlamentarisches  
Frühstück zu EU-Mercosur  
Seite 35 ←



April:  
AKW-Abschaltfest  
Seite 29 ←



Juni:  
Aktion in Berlin:  
„Stoppen Sie das  
Klimagift!“  
→ Seite 33



September:  
130.000 Menschen  
gegen Glyphosat  
→ Seite 15



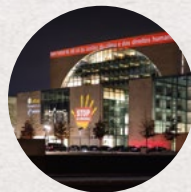
Oktober:  
Barcamp „Klimagerechte  
Kommune erkämpfen“  
Seite 28 ←



September:  
Aktionstag: Gemeinsam  
gegen die Gaslobby!  
Seite 27 ←



November:  
Wir fordern:  
Klimageld jetzt!  
→ Seite 22



Dezember:  
Das Kanzleramt wird  
angestrahlt:  
Stopp EU-Mercosur!  
→ Seite 19



# WIR LÜFTEN DAS GEHEIMNIS DER VINSCHGAUER SPRITZ- BÜCHER!

*Welche Pestizide werden wann, wo und in welcher Menge gespritzt? Obwohl Landwirt:innen in der EU über ihre Pestizideinsätze Buch führen müssen, werden diese Daten nicht zentral erfasst, ausgewertet oder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Doch 2023 konnten wir nach monatelanger Arbeit einen exklusiven Einblick in die tatsächliche Spritzpraxis einer landwirtschaftlich intensiv genutzten Region geben.*

Weil das Umweltinstitut die deutsche Öffentlichkeit auf den hohen Pestizideinsatz im Südtiroler Obstbau aufmerksam gemacht hatte, wurden wir 2017 vom Südtiroler Landesrat für Landwirtschaft und 1.375 Südtiroler Landwirt:innen angezeigt. Im Rahmen des darauf folgenden „Pestizidprozesses“, der erst 2022 mit einem Freispruch endete, wurden die Aufzeichnungen über Pestizideinsätze der klagenden Landwirt:innen aus dem Jahr 2017 als Beweismittel beschlagnahmt – und wir konnten ein bislang gut gehütetes Geheimnis lüften: die Spritzpraxis im Vinschgauer Apfelanbau.

In unzähligen Arbeitsstunden haben wir zusammen mit einem renommierten Pestizid-Experten aus den völlig uneinheitlich geführten Spritzheften eine komplexe Datenbank erstellt. Wie aufwendig es danach sein würde, diese Menge an Daten auszuwerten und zu analysieren, hat uns selbst überrascht.

Doch die Arbeit hat sich gelohnt: Unser Bericht gibt einen brisanten Einblick in die landwirtschaftliche Praxis im intensiven Obstbau. Und er zeigt: Von einem naturnahen, nachhaltigen Anbau, mit dem die Südtiroler Obstwirtschaft gerne wirbt, kann keine Rede sein.

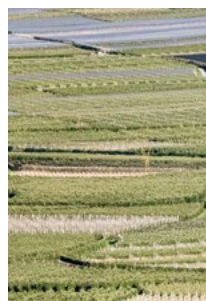
Von März bis September 2017 gab es im Vinschgau keinen einzigen Tag, an dem Mensch und Umwelt nicht dem Pestizidnebel ausgesetzt waren. Insgesamt wurden mehr als 80 verschiedene Pestizidwirkstoffe eingesetzt. Einige dieser Stoffe gelten als

besonders schädlich, nicht nur für die Artenvielfalt, sondern auch für den Menschen. Und damit nicht genug: Oft kamen die Gifte als „Cocktail“ mehrerer Substanzen zum Einsatz – bis zu neun verschiedene Wirkstoffe wurden am gleichen Tag angewendet.

Am 25. Januar 2023 stellten wir die brisanten Ergebnisse der Öffentlichkeit vor. Am selben Tag titelte die Süddeutsche Zeitung: „Das Gift auf dem Apfel“ und der Bayerische Rundfunk berichtete unter der Überschrift „Perfekte Äpfel und ihre giftige Schattenseite“. Diese Berichterstattung wirbelte in der Südtiroler Apfelindustrie viel Staub auf: Die Süddeutsche Zeitung war in einigen Orten der Region innerhalb weniger Stunden ausverkauft und zahlreiche lokale Medien berichteten über den „Image-GAU für die heimische Obstwirtschaft“.

Die Resonanz der Menschen in Südtirol sowie unserer Unterstützer:innen hat deutlich gezeigt: Die Menschen wollen wissen, was in ihrer Nachbarschaft gespritzt wird. Und sie haben ein Recht darauf, das zu erfahren. Mit unserer Auswertung haben wir Pionierarbeit geleistet und konnten unserer Forderung nach einem öffentlich zugänglichen Pestizidregister Nachdruck verleihen.

Möglich war all dies nur, weil uns Menschen wie Sie über viele Monate bei diesem Vorhaben unterstützt haben. Wir danken deshalb allen, die uns als Fördermitglied oder mit einer Spende geholfen haben, diese aufwendige Auswertung zu realisieren!



”

Auf gar keinen Fall  
klein beigegeben.

“



*Weil wir den hohen Pestizideinsatz in den Südtiroler Apfelplantagen kritisiert haben, wurden wir in Südtirol vor Gericht gezerrt. Doch am Ende eines langen Verfahrens siegte die Meinungsfreiheit. Der ebenfalls angeklagte Autor Alexander Schiebel hat über diese Zeit ein Buch geschrieben. Im Interview lassen Alexander Schiebel und Veronika Feicht, unsere Expertin für so genannte SLAPP-Klagen, die Ereignisse Revue passieren.*

#### **Alexander, wie hat es sich für dich angefühlt, als du von der Anzeige gegen dich erfahren hast?**

**Alexander Schiebel:** Als ich das erste Mal von der Anzeige durch den Agrarlandesrat Schuler, danach durch die Vorstände der Obstkonzerne, des Bauernbundes und schließlich durch 1.372 Obstbauern erfuhr, war das irgendwie unheimlich, aber auch absurd. Ich dachte, dass keine Staatsanwaltschaft auf der Welt aufgrund unserer Kritik am Pestizideinsatz einen Prozess eröffnen würde. Doch die Anzeigen führten tatsächlich zu sechs verschiedenen Gerichtsverfahren – gegen Karl Bär, den damaligen Agrarreferenten des Umweltinstituts, und mich, gegen meinen Verleger und gegen aktuelle und ehemalige Vorstände des Umweltinstituts. In der ersten Zeit fühlte ich mich sehr alleingelassen und hilflos. Erst als ich beschloss diese unglaubliche Geschichte in einem Buch zu verarbeiten, begann es mir emotional besser zu gehen. Es stand schnell für alle Beteiligten fest, dass wir uns nicht zum Schweigen bringen lassen.

#### **Wie würdet ihr die Wochen vor dem ersten Prozesstag beschreiben?**

**Veronika Feicht:** In dieser Zeit arbeiteten wir fast

ausschließlich an unserer Verteidigung, vor Gericht und in der Öffentlichkeit. Wir feilten mit unserem Anwaltsteam an unserer juristischen Strategie, gaben Interviews, schrieben Pressemitteilungen auf Deutsch, Italienisch und Englisch und bereiteten eine mehrsprachige Pressekonferenz und eine Demonstration vor dem Gericht vor.

**Alexander Schiebel:** In einem meiner Lieblingskapitel in „Gift und Wahrheit“ beschreibe ich, welchen Aufwand das Umweltinstitut betrieben hat, um den Prozess vorzubereiten. Ich nenne das im Buch die „Arbeit an der Solidarität“: der Solidarität anderer NGOs, der Solidarität von Politiker:innen, der Solidarität der Medien und vor allem auch der Bevölkerung, der Unterstützer und Unterstützerinnen. Dieser totale Einsatz war extrem professionell, für mich aber auch gleichzeitig sehr berührend.

#### **Wie ging es danach weiter?**

**Alexander Schiebel:** Sehr schnell war klar, dass die Südtiroler Obstwirtschaft den Prozess am liebsten wieder abblasen wollte. Doch sie hatte Schwierigkeiten, die Obstbauern, die sie in den Prozess gehetzt hatten, wieder „einzufangen“. Außerdem versuchte die Apffelobby verzweifelt die beschlag-





nahmen „Spritzbücher“ wieder in ihren Besitz zu bringen. Diese Spritzbücher enthalten nämlich genau Informationen über die tatsächliche Menge der eingesetzten Pestizide. Ein Datenschatz! Natürlich hat das Umweltinstitut sie nicht zurückgeben, sondern ausgewertet und veröffentlicht.

**Veronika Feicht:** Bis die letzte Anzeige zurückgezogen war, vergingen noch fast anderthalb Jahre. In dieser Zeit mussten wir immer wieder zu Gerichtsterminen nach Bozen fahren und nach wie vor viel Zeit, Energie und auch Geld in das laufende Strafgerichtsverfahren investieren. An der Stelle gilt unser besonderer Dank auch den vielen Menschen, die uns dabei mit einer Spende oder Fördermitgliedschaft unterstützt haben.

### **Einschüchterungsklagen wie der Pestizidprozess sind ja leider kein Einzelfall. Was wollen die Kläger:innen damit bezwecken?**

**Veronika Feicht:** Denjenigen, die solche Klagen anzetteln, geht es nicht darum, Recht zu bekommen, sondern darum, kritische Stimmen mundtot zu machen und andere abzuschrecken. Mit den Klagen wird versucht, die finanziellen und zeitlichen Ressourcen der Angeklagten zu erschöpfen und sie psychologisch zu zermürben. Man spricht bei dieser Art von Klagen von sogenannten SLAPPs – strategic lawsuits against public participation, also strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung. Das ist Justizmissbrauch. Schließlich spannen hier mächtige Personen oder Unternehmen Gesetze und Gerichte vor den Karren, um unerwünschte Kritik loszuwerden.

### **Was kann man gegen solche Einschüchterungsklagen tun?**

**Alexander Schiebel:** Auf gar keinen Fall klein beigeben, sondern weitermachen. Und zwar möglichst offensiv. Dazu muss man sich jedoch Verbündete suchen: hervorragende Anwälte:innen, darüber hinaus Organisationen, die professionelle Öffentlichkeitsarbeit betreiben und – ganz wichtig – auch professionelles Fundraising. Hier steht der kleine David in den meisten Fällen einem gewaltigen Goliath gegenüber. Ohne Vorbereitung und Mittel sollte er nicht gegen ihn antreten.

**Veronika Feicht:** Wir brauchen aber auch gesetzliche Regelungen, damit Betroffene vor SLAPPs geschützt und diejenigen bestraft werden, die unser Rechtssystem missbrauchen. Und hier können wir einen großen Erfolg verbuchen: Im Februar 2024 hat das EU-Parlament eine Art europäisches Gesetz gegen SLAPPs verabschiedet!



**Alexander Schiebel**  
Autor und Filmemacher



**Veronika Feicht**  
Umweltinstitut München e.V.

# DAS ANTI-SLAPP-GESETZ KOMMT!



Im Februar 2022 übergaben wir die Unterschriften von mehr als 210.000 Menschen, die gemeinsam mit uns ein Anti-SLAPP-Gesetz forderten, an die Vizepräsidentin der EU-Kommission Vera Jourová.

**In Europa ist in den vergangenen Jahren ein beunruhigender Trend zu beobachten: Die Zahl so genannter SLAPPs („strategic lawsuits against public participation“) hat stetig zugenommen. So werden Klagen oder Klageandrohungen genannt, mit denen Unternehmen, Regierungen und mächtige Einzelpersonen versuchen, unerwünschte Kritiker:innen einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen. Einen solchen juristischen Einschüchterungsversuch mussten auch wir erleben, nachdem wir den hohen Pestizideinsatz im Südtiroler Apfelanbau kritisiert hatten: Der Südtiroler Landesrat für Landwirtschaft und die Südtiroler Obstlobby erstatteten Anzeige wegen übler Nachrede gegen uns, sodass wir uns auf der Anklagebank in einem teuren und zermürenden Strafprozess wiederfanden.**

**Dieser Südtiroler „Pestizidprozess“ endete zwar mit einem Freispruch für uns, doch damit war unser Kampf gegen SLAPPs nicht vorbei. In einem europaweiten Bündnis setzen wir uns auch weiterhin dafür ein, dass Betroffene in Zukunft besser vor SLAPPs geschützt werden. Gemeinsam sammelten wir mehr als 200.000 Unterschriften und übergaben diese in Brüssel an die Vizepräsidentin der EU-Kommission. Unsere Forderung: ein europäisches Anti-SLAPP-Gesetz, das Betroffene wirksam schützt und diejenigen, die SLAPPs anzetteln, bestraft. Unser Einsatz hat sich gelohnt: Im Februar 2024 nahmen das EU-Parlament und die EU-Mitgliedstaaten den Vorschlag der EU-Kommission für ein solches Gesetz tatsächlich an. Wer in Zukunft in Europa wegen unliebsamer Kritik vor Gericht gezerrt wird, ist diesem Vorgehen nicht mehr schutzlos ausgeliefert – ein großartiger Erfolg für Meinungsfreiheit und Demokratie!**





# „BIENEN UND BAUERN RETTEN“: GEGENWIND AUS BRÜSSEL

1.054.973 Menschen forderten mit uns ein Verbot chemisch-synthetischer Pestizide in Europa, die Wiederherstellung verlorener Artenvielfalt in ländlichen Gebieten und die Unterstützung europäischer Landwirt:innen bei der Umstellung auf naturverträgliche Anbaumethoden. Unsere Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Bienen und Bauern retten!“ konnte so als siebte EBI überhaupt die Hürde von einer Million gültiger Unterschriften nehmen. Damit war die EU-Kommission verpflichtet, offiziell auf unsere EBI zu reagieren. Die Antwort, die uns im Frühjahr 2023 erreichte, zeigte: Zwar würden unsere Forderungen nicht eins zu eins umgesetzt werden. Doch wir haben es geschafft, die Agenda der EU in puncto Artenvielfalt, Pestizide und Landwirtschaft maßgeblich mitzugestalten. Besonders wichtig war der öffentliche Druck, den wir mit unserer EBI hinsichtlich der Ökologisierung der Landwirtschaft aufgebaut haben. Denn die Agrarindustrie nutzte den Krieg in der Ukraine als

Vorwand, um wegen der angeblich gefährdeten Ernährungssicherheit massiv Stimmung gegen die Pläne für eine nachhaltigere Landwirtschaft zu machen. Mit den Stimmen der Menschen, die für die EBI unterschrieben hatten, konnten wir dagegenhalten.

Leider ist das Vorhaben der EU, den Pestizideinsatz bis 2030 zu halbieren – das es ohne unsere EBI wohl nie gegen hätte – im Frühjahr 2024 schließlich doch dem Druck der Agrarlobby zum Opfer gefallen. Als Erfolg können wir verbuchen, dass die EU im Juni 2024 trotz großer Widerstände das Gesetz zur Wiederherstellung der Natur beschlossen hat. Denn die Maßnahmen, die dieses Gesetz vorsieht, entsprechen zumindest in Teilen der Forderung unserer EBI, die Artenvielfalt in ländlichen Gebieten wiederherzustellen. Doch damit geben wir uns natürlich nicht zufrieden. Wir werden weiter für unsere Vision kämpfen: eine ökologische Landwirtschaft ganz ohne chemisch-synthetische Pestizide!





# ZEHN WEITERE JAHRE GLYPHOSAT!

*Es war ein Abstimmungskrimi bis zur letzten Minute: Zweimal gab es unter den EU-Mitgliedstaaten keine Mehrheit für oder gegen eine erneute Zulassung von Glyphosat. Am Ende entschied die EU-Kommission im Alleingang über die Zukunft des Ackergifts. Und sie traf eine katastrophale Entscheidung für unsere Natur und unsere Gesundheit: Die Zulassung von Glyphosat wurde um zehn Jahre verlängert.*

Im Jahr 2017 stand das meistverkaufte Ackergift der Welt schon einmal kurz vor dem EU-Aus: Nur weil der deutsche Landwirtschaftsminister Christian Schmitt (CSU) in letzter Minute und entgegen aller Absprachen gegen ein Verbot stimmte, wurde Glyphosat für weitere fünf Jahre zugelassen. Schon damals setzten wir alle Hebel in Bewegung, um endlich ein Glyphosat-Verbot zu erreichen. Daher war für uns klar, dass wir uns auch 2023 für eine Zukunft ohne Glyphosat einsetzen werden.

Gemeinsam mit anderen Umweltverbänden haben wir deshalb im Juni eine Unterschriftenaktion gestartet, mit der wir die Bundesregierung aufforderten, gegen die erneute Zulassung zu stimmen. Außerdem stellten wir ein umfangreiches Paket aus Flyern, Postern und Aufklebern zusammen, um über die Gefahren von Glyphosat und anderen Pestiziden zu informieren.

*Ebenfalls im Juni erklärte die für die Zulassung von Pestiziden zuständige Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), dass sie keine „kritischen Problembereiche“ sehe, die gegen eine erneute Zulassung von Glyphosat sprechen würden. Offensichtlich berücksichtigt die EFSA lieber einseitig von der Industrie finanzierte Studien, die Glyphosat Harmlosigkeit bescheinigen – auf Kosten der zahlreichen unabhängigen Studien, die die Risiken des Wirkstoffs für die Artenvielfalt und die menschliche Gesundheit bestätigen.*

Mitte September übergaben wir mehr als 130.000 Unterschriften an Staatssekretärin Silvia Bender aus dem Landwirtschaftsministerium. Die Unterzeichner:innen forderten von der Bundesregierung, auf EU-Ebene gegen eine erneute Zulassung zu stimmen. Die Staatssekretärin teilte unsere Meinung, dass es an der Zeit sei für ein Aus des Totalherbizids. Dennoch konnte sie uns ein klares „Nein“ der Bundesregierung bei der anstehenden Abstimmung nicht zusichern.

*Ende September schlug die EU-Kommission vor, den Einsatz von Glyphosat für weitere zehn Jahre zu erlauben.*

Nach diesem Vorschlag der Kommission nahmen wir vor allem die deutsche Bundesregierung in die Pflicht. Immer wieder erinnerten wir die Ampelregierung an ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag – „Wir nehmen Glyphosat bis Ende 2023 vom Markt.“ – und adressierten dabei besonders die SPD, die sich in der Vergangenheit bereits gegen Glyphosat ausgesprochen hatte.





Ende Oktober fand die erste Abstimmung statt. Deutschland enthielt sich wegen Unstimmigkeiten innerhalb der Ampelregierung. Die FDP war gegen ein Verbot. Unter den Mitgliedsstaaten gab es keine Mehrheit für oder gegen eine erneute Zulassung für weitere zehn Jahre, wie von der EU-Kommission vorgeschlagen. Die Entscheidung wurde vertagt.

Wir machten weiter Druck und kritisierten die Bundesregierung dafür, bei der Entscheidung nicht klar Position bezogen zu haben. In einem offenen Brief forderten wir von Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD): Es ist an der Zeit, dass die SPD und das Gesundheitsministerium ihre politische Verantwortung wahrnehmen und sich für ein Glyphosat-Verbot in der EU einsetzen!

Und dann ging plötzlich alles ganz schnell: Auch bei der zweiten Abstimmung Mitte November gab es keine Mehrheit für oder gegen eine Zulassung. Deutschland enthielt sich erneut. Das bedeutet: Die EU-Kommission konnte im Alleingang entscheiden. Und das tat sie auch: Zwei Wochen später erteilte sie dem Ackergift erneut eine Zulassung – für weitere zehn Jahre. Deutschland wiederum gab im Dezember bekannt, dass das im Koalitionsvertrag versprochene nationale Verbot 2024 nicht kommen wird.

„Diese Entscheidung ist absolut unverantwortlich. Das Artensterben zeigt uns: Wir haben keine Zeit mehr für ein ‚Weiter so‘.“



**Sophia Guttenberger,**  
Referentin für Landwirtschaft

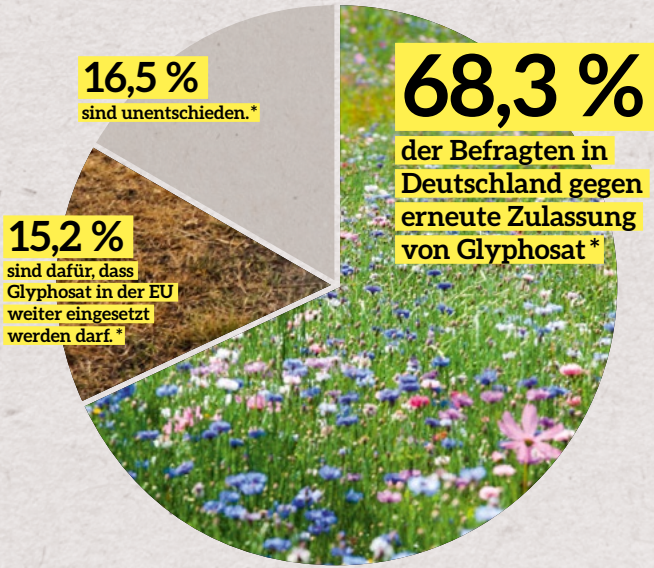


Diese Entscheidung ist eine Katastrophe für die Umwelt und unsere Gesundheit, die wir nicht einfach akzeptieren werden. Deswegen haben wir uns einem EU-weiten Bündnis angeschlossen, um gemeinsam gegen die Entscheidung der EU-Kommission vor das Europäische Gericht zu ziehen. Denn die EU-Kommission verstößt mit dieser Entscheidung gegen das europäische Vorsorgeprinzip, geht am aktuellen Stand der Wissenschaft vorbei und berücksichtigt einseitig die von der Pestizidindustrie selbst in Auftrag gegebenen Studien.

Die Kosten für einen solchen Prozess können immens sein: Wir rechnen mit rund 90.000 Euro Gerichts- und Anwaltskosten, die wir gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen stemmen müssen. Doch wenn das Europäische Gericht die Genehmigung von Glyphosat aufheben sollte, wäre unglaublich viel gewonnen! Schließlich ist Glyphosat noch immer das meist eingesetzte Ackergift. Sollte das Gift doch noch verboten werden, könnten Mensch, Tier und Umwelt im wahrsten Sinne des Wortes aufatmen.



## Mehrheit in Deutschland für Glyphosat-Verbot



\*laut einer repräsentativen Studie von IPSOS, 2023





Schon lange ist bekannt, dass Glyphosat schädlich für Insekten ist: Der Unkrautvernichter ist eine Art „Super-Gift“, das nicht nur gegen bestimmte Unkräuter wirkt, sondern jedes Grün unterschiedslos beseitigt. Deshalb reduziert der Einsatz von Glyphosat das Futterangebot von Insekten stark.

Nimmt deren Anzahl ab, geraten wiederum andere Tiere wie Vögel und Fledermäuse in Schwierigkeiten, die auf Insekten als Futtergrundlage angewiesen sind. Lange hieß es, dass Glyphosat – anders als etwa Insektizide – Bienen, Schmetterlingen und anderen Bestäubern nicht unmittelbar schaden kann. Doch inzwischen ist bekannt, dass das Gegenteil der Fall ist: Glyphosat schädigt Insekten auch direkt. Dies beweisen immer mehr wissenschaftliche Studien.

## Wie schadet Glyphosat der Artenvielfalt?

### Glyphosat schädigt ...



Florfliegen



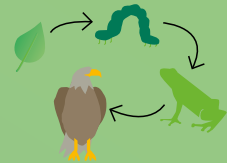
Kaulquappen



Bienen



Regenwürmer

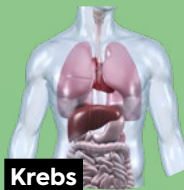


... und zerstört Nahrungsnetze.

Und auch für uns Menschen ist Glyphosat gefährlich. Die Herstellerkonzerne behaupten zwar, dass der Wirkstoff sicher sei. Eine ganze Reihe von Studien beweist jedoch das Gegenteil: Im März 2015 stufte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend beim Menschen“ ein. Seither sind zahlreiche Studien erschienen, die die krebserregende Wirkung des Unkrautvernichters bestätigen. Außerdem haben Wissenschaftler:innen den Zusammenhang von Glyphosat mit neurologischen Erkrankungen wie Parkinson aufgezeigt. Glyphosat steht außerdem im Verdacht, das Hormonsystem negativ zu beeinflussen und die Fruchtbarkeit zu beeinträchtigen.

## Wie schadet Glyphosat unserer Gesundheit?

### Studien zeigen einen Zusammenhang zwischen Glyphosat-Exposition und ...



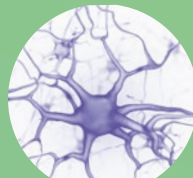
Krebs



Leber- und Stoffwechselerkrankungen



Parkinson



neurologischen Schäden



der Beeinflussung der Pubertät



... und verringertem Geburtsgewicht.

# GIFTVERTRAG EU-MERCOSUR STOPPEN!



Als am 4. Dezember 2023 Bundeskanzler Olaf Scholz den brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva im Kanzleramt zum Dinner begrüßte, empfangen wir die beiden Politiker mit einer Lichtprojektion an das Gebäude: „Kein Handel auf Kosten von Klima und Menschenrechten“ und „STOP EU-Mercosur“ stand dort übergroß zu lesen. Damit setzten wir unsere Forderungen, die wir wenige Tage zuvor in einer Eilaktion an Kanzler Scholz adressiert hatten, unübersehbar in Szene.

Wäre es nach dem Willen der EU-Kommission gegangen, hätte das umstrittene Abkommen bereits 2023 abgeschlossen werden sollen. Unterstützt wurde die EU-Kommission dabei auch von der deutschen Bundesregierung, die noch im Dezember den Durchbruch für EU-Mercosur verkünden wollte. Dabei ist dieses geplante Abkommen brandgefährlich: Es gefährdet den Schutz der Regenwälder, die Gesundheit von Millionen Verbraucher:innen und Arbeiter:innen, die bäuerliche Landwirtschaft sowie

den Klima- und Artenschutz auf beiden Seiten des Atlantiks. Das gesamte Jahr über mobilisierten wir daher gegen den EU-Mercosur-Deal: mit Rechtsgutachten, Aktionen vor Ort und Informationsmaterial. Gemeinsam mit unseren Unterstützer:innen schickten wir Tausende von Postkarten an Wirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck mit der Forderung: „Stoppen Sie den Giftvertrag EU-Mercosur!“ Wir beauftragten ein Rechtsgutachten, das belegt, dass auch eine geplante Zusatzklärung den Vertrag nicht verbessert, sondern reines Greenwashing ist. Die Ergebnisse stellte unser Handelsreferent Ludwig Essig im Mai bei einem parlamentarischen Frühstück vor. In einem Vortrag machte er deutlich, dass die Zusatzklärung das Nachhaltigkeitskapitel materiell-rechtlich nicht so verbessern kann, dass sie Zollerleichterungen für Pestizide, Fleisch und Verbrenner-Autos ausbügelt und damit Menschenrechtsverletzungen und Naturzerstörungen verhindern kann.



**Wussten Sie, dass das EU-Mercosur-Abkommen 90 Prozent aller Zölle auf EU-Chemieexporte abschafft? Darunter auch diejenigen auf Pestizide. Somit fördert das Abkommen den Handel mit teilweise in der EU verbotenen Giften. Diese führen in Lateinamerika zu schweren Krankheiten bis hin zu Fehlgeburten und Naturzerstörung. Umgekehrt landen die belasteten Lebensmittel bei den europäischen Verbraucher:innen auf dem Teller. Bereits heute ist Obst aus Brasilien, das in der EU verkauft wird, mit bis zu sieben Pestiziden belastet, die hier verboten sind.**

Im Juli waren wir gemeinsam mit Verbündeten in Brüssel, während sich die Staats- und Regierungschefs der EU und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) über das EU-Mercosur-Abkommen berieten. Dort diskutierten wir eine alternative Partnerschaft auf Augenhöhe und verließen unseren Forderungen sowohl auf einer Konferenz im Parlament als auch bei einer Aktion Nachdruck.

Als die Verhandlungen im Herbst in die entscheidende Phase gingen, wandten wir uns sogar an die Vereinten Nationen. Dort reichten wir einen Bericht beim Hohen Kommissar für Menschenrechte ein. Und das mit großem Erfolg: Der UN-Ausschuss schloss sich unserer Stellungnahme an. (Mehr dazu erfahren Sie auf Seite 35.)

Unsere Arbeit zahlt sich aus: War die EU Anfang des Jahres noch davon überzeugt, das Abkommen 2023 unter Dach und Fach zu bringen, so wurde sie Ende des Jahres eines Besseren belehrt. Denn auf beiden Seiten des Atlantiks regt sich Widerstand. Landwirt:innen, Umwelt- und Klimaschützer:innen sowie Gewerkschaften fordern einen Stopp des veralteten Giftvertrags. Und wir werden auch 2024 alles daran setzen, dass dieser gefährliche Vertrag nicht in Kraft tritt.



# DEUTSCHLAND STEIGT AUS DEM ENERGIECHARTA-VERTRAG AUS!



Am 21. Dezember 2023 war es soweit: Deutschland stieg offiziell aus dem Energiecharta-Vertrag (ECT) aus. Ein guter Tag für die deutsche und europäische Energiewende. Aber nicht nur das – auch die Demokratie, der Bundeshaushalt und die Steuerzahler:innen können sich darüber freuen. Denn der Vertrag wurde immer wieder genutzt, um mit milliardenschweren Klagen gegen demokratisch beschlossene Klimaschutzmaßnahmen vorzugehen.

Der ECT-Ausstieg Deutschlands ist deshalb ein riesiger Erfolg! Vielen Dank an alle, die mit uns bei diesem komplexen Thema nicht lockergelassen haben.

# CETA-LEAK: GEHEIME INTERPRETATIONS-ERKLÄRUNG VERÖFFENTLICHT

Wer das Umweltinstitut kennt, weiß, dass wir an Themen bis zum Schluss dranbleiben. So auch bei CETA. Die Ratifizierung des europäisch-kanadischen Abkommens in Deutschland kam einem demokratiepolitischen Skandal gleich. Wie der ECT enthält auch CETA Sonderklagerechte für ausländische Investoren, die ihnen die Möglichkeit geben, Regierungen auf Milliarden wegen entgangener Gewinne zu verklagen. Um die Zustimmung der Grünen zu dem Abkommen zu erreichen, ließ die Bundesregierung eine Zusatzklärung verhandeln, die diese Sonderklagerechte beschränken sollte.

Mit einem Rechtsgutachten konnten wir aufzeigen, dass dieses Papier Greenwashing ist. Doch es kam

noch schlimmer: Zum Zeitpunkt der Abstimmung war die Zusatzklärung geheim und noch nicht finalisiert. Auch Monate später bekam die Öffentlichkeit das Papier nicht zu Gesicht. Diesen untragbaren Zustand beendeten wir und veröffentlichten gemeinsam mit PowerShift das Dokument. So konnten wir zeigen, dass es gravierende Änderungen gab, nachdem der Bundestag dem Abkommen zugestimmt hatte. Aktuell ist eine Verfassungsbeschwerde gegen CETA beim Bundesverfassungsgericht anhängig und es müssen noch zehn EU-Staaten dem Abkommen zustimmen. Obwohl CETA in Deutschland also bereits ratifiziert ist, engagieren wir uns weiter!



# ENTLASTUNG SCHAFFEN: KLIMAGELD JETZT!

Die Idee hinter dem Klimageld ist so einfach wie wirksam: Während klimaschädliches Verhalten durch den CO<sub>2</sub>-Preis teurer wird, gibt der Staat diese Einnahmen den Bürger:innen wieder zurück – und zwar allen gleich viel. 250 Euro pro Kopf wären das im Jahr 2024. Wer sich also klimafreundlich verhält und wenig CO<sub>2</sub> verursacht, profitiert finanziell. Wer besonders viel CO<sub>2</sub> verursacht, zahlt drauf. Gewinnen würden dabei vor allem einkommensschwache Haushalte. Denn gerade die oberen Einkommensgruppen stoßen am meisten klimaschädliches CO<sub>2</sub> aus.

Laut Koalitionsvertrag soll das Klimageld auch in Deutschland kommen. Doch bisher verzögert die Regierung die Auszahlung und schiebt immer neue Ausreden vor. Deshalb haben wir im November 2023 eine Online-Aktion ins Leben gerufen, mit der wir von der Ampelregierung fordern: Machen Sie den Weg frei für das Klimageld und schaffen Sie so eine einfache Möglichkeit für Klimaschutz UND Entlastung! Mit unserer Forderung kamen wir genau zur rechten Zeit, denn mit der Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Preises zum Januar 2024 steigt die Belastung der Bürger:innen,



während das versprochene Klimageld weiter auf sich warten lässt.

14 weitere Organisationen, darunter Umweltverbände wie der WWF, die Arbeiterwohlfahrt (AWO) und die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) schlossen sich unseren Forderungen an. Knapp 30.000 Menschen unterschrieben für eine schnelle Auszahlung des Klimagelds. 2024 führen wir die Kampagne fort, damit das Klimageld von der Ampel nicht weiter auf die lange Bank geschoben wird.

„Wir können uns weder Untätigkeit beim Klimaschutz noch beim sozialen Ausgleich leisten. Das Klimageld muss endlich kommen. Es geht nur öko-sozial!“



**Dr. Ulrich Schneider,**  
**Hauptgeschäftsführer des**  
**Paritätischen Gesamtverbandes**

„Klimaschutz kann nur sozial gerecht funktionieren. Das von der Ampel versprochene Klimageld muss daher jetzt endlich kommen!“



**Prof. Dr. Claudia Kemfert,**  
**Professorin Energiewirtschaft und -politik**  
**Leuphana Universität und DIW**



# SO BRINGEN WIR DIE KONZERNE ZUM ENERGIESPAREN



*Wenn es um die Energiewende geht, wird der Elefant im Raum oft vergessen: Energiesparen durch mehr Effizienz. Das machten wir im Februar 2023 vor dem Bundeskanzleramt deutlich.*

Die grünste Kilowattstunde ist die, die nicht erzeugt werden muss. Trotzdem spielt das Thema Energiesparen und effizient nutzen bei der Energiewende nach wie vor kaum eine Rolle. Dabei gibt es gerade im öffentlichen Bereich und bei Unternehmen dafür ein enormes Potenzial. Allein durch die Umsetzung wirtschaftlicher Einsparmaßnahmen wie technischen Dämmungen und effizienten Motoren ließe sich fast die Hälfte des Energiebedarfs der Industrie vermeiden. Diese Energiemenge entspricht der jährlichen Produktion von acht großen Atom- oder Kohlekraftwerken sowie vier der sechs neuen LNG-Terminals.

Deswegen haben wir uns 2023 für ein ambitioniertes Energieeffizienzgesetz eingesetzt, das vor allem die Industrie in die Pflicht nimmt. Nach intensiver Recherche reichten wir als einzige Umweltorganisation in Deutschland eine fundierte Stellungnahme zum Gesetzentwurf ein und wurden eingeladen, diese bei der Verbändeanhörung der Bundesregierung vorzustellen.

Anschließend haben wir uns mit anderen Organisationen vernetzt und ein breites Bündnis aufgebaut. Gemeinsam mit 15 Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialverbänden forderten wir Bundeskanzler Scholz in einem offenen Brief auf, das Gesetz zu schärfen und schnell zu verabschieden. Außerdem starteten wir eine Online-Petition, bei der sich mehr als 8.000 Menschen unserer Forderung angeschlossen haben, und bauten uns mit einem „Elefanten im Raum“ vor dem Kanzleramt auf.

Die gute Nachricht: Deutschland hat seit September 2023 ein Energieeffizienzgesetz – erstmals sind Anforderungen fürs Energiesparen in Gesetzesform gegossen worden. Doch von einem „ambitionierten“ Gesetz, wie es Olaf Scholz versprochen hatte, ist nichts übriggeblieben: Wichtige Ziele wurden geschwächt oder gestrichen, wirksame Maßnahmen sind kaum mehr vorhanden. Wir bleiben deshalb weiter am Thema dran, verfolgen die Umsetzung des Energieeffizienzgesetzes und bringen Energiesparen im Bundestagswahlkampf auf die Agenda.



**ENERGIEEFFIZIENZ-GESETZ:  
SO WIRD DAS NICHTS MIT DEM ENERGIESPAREN!**  
Keine verbindlichen Ziele  
Keine verbindlichen Maßnahmen für die Industrie  
Vorgaben für Rechenzentren ohne Lenkungswirkung



# STOPPEN WIR DAS KLIMAGIFT

Beim Umweltinstitut beschäftigen wir uns regelmäßig mit giftigen Chemikalien. Doch ab und zu stoßen wir auf Stoffe, die so schädlich sind, dass sogar uns der Atem stockt. Einer davon ist Sulfurylfluorid (auch genannt SF-Gas). Hinter diesem sperrigen Namen verbirgt sich ein Gas, das hauptsächlich als Pestizid auf Holz eingesetzt wird, um Insekten vor dem Export abzutöten.

SF-Gas ist hochgiftig beim Einatmen und kann die Organe schädigen, bei längerem Kontakt ist es tödlich. Doch damit nicht genug: Das Gas ist extrem klimaschädlich! Es schädigt unser Klima auf einen Zeitraum von 20 Jahren gerechnet rund 7.500 Mal mehr als CO<sub>2</sub>. Schon kleine Mengen beschleunigen die Erderhitzung. Dass der Stoff kaum bekannt ist, macht ihn umso gefährlicher. Denn so kann die Holzindustrie ungestört mit der Freisetzung dieses Klimagifts in die Atmosphäre fortfahren.

Im Oktober 2023 lief die Zulassung auf EU-Ebene aus. Unser Ziel war klar: verhindern, dass das Klima-

gift weiterverwendet werden darf. Deswegen wollten wir in kurzer Zeit möglichst viele Menschen über das gefährliche Gas informieren. Fast 15.000 Menschen beteiligten sich an unserer Petition, mit der wir die Bundesregierung aufforderten, für ein EU-weites Verbot von SF-Gas zu stimmen. Im Juni standen wir schließlich mit einem rauchenden Schiffscontainer vor dem Reichstagsgebäude in Berlin, um auf die Gefahren von SF-Gas hinzuweisen. (> Wie man eine solche Aktion erfolgreich plant, erklärt unser Energiereferent Hauke Doerk ab Seite 33)

Ende Juli hat die EU das Klimagift dennoch für weitere drei Jahre zugelassen. Deutschland hat sich bei der Abstimmung immerhin enthalten. Alle anderen Länder haben der Verlängerung der Genehmigung zugestimmt. Das zeigt: Auch in der Bundesregierung sind Zweifel angekommen – ein erster Teilerfolg unserer Kampagne. In drei Jahren wird erneut über die Zulassung von Sulfurylfluorid entschieden. Die Zeit bis dahin werden wir nutzen!





# WASSERSTOFF: NUR FAIR UND ERNEUERBAR!



Rund um den Energieträger Wasserstoff (H<sub>2</sub>) entsteht derzeit ein regelrechter Hype: Dank grünem Wasserstoff könnten Branchen, die auf Brennstoffe angewiesen sind, wie der internationale Flugverkehr, die Überseeschifffahrt oder die Stahlherstellung klimaneutral werden.

Allzu oft wird dabei übersehen, dass Wasserstoff zunächst erzeugt werden muss – und das ist nicht immer gut fürs Klima: H<sub>2</sub> wird entweder aus Erdgas oder per Elektrolyse gewonnen. Ersteres ist extrem klimaschädlich, da nie alle Treibhausgase abgeschieden werden können. Die Elektrolyse ist eindeutig zu befürworten, benötigt aber große Mengen an (hoffentlich) erneuerbar hergestelltem Strom. Ohne den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien ist der breite Einsatz von Wasserstoff somit nicht möglich. Und auch dann wird H<sub>2</sub> knapp und vergleichsweise teuer bleiben.

Seit 2022 setzen wir uns deshalb dafür ein, dass Wasserstoff nur fair und erneuerbar erzeugt wird – und nur dort zum Einsatz kommt, wo er wirklich nötig ist. 2023 machten wir weiter Druck, um ein geplantes Pipelineprojekt zu verhindern, das fossilen Wasserstoff aus Norwegen nach Deutschland transportieren

soll. Der Hintergrund: Konzerne wie RWE und Wintershall setzen auf norwegischen Wasserstoff, der klimaschädlich aus Erdgas hergestellt wird. Um den hohen Bedarf zu decken, soll dafür auch in der norwegischen Arktis nach Gas gebohrt werden. Dadurch könnte eine einzigartige Umwelt zerstört werden. Unter dem Titel: „RWE: Finger weg vom Arktis-Wasserstoff“ sammelten wir rund 13.000 Unterschriften gegen diese Pläne.

Zudem klärten wir 2023 verstärkt über die Kostenfalle Wasserstoff beim Heizen auf: Gemeinsam mit anderen Organisationen erstellten wir Modellrechnungen, in denen wir so genannte H<sub>2</sub>-ready-Heizungen unter die Lupe nahmen. Das Ergebnis: Gasheizungen, die in der Theorie mit Wasserstoff betrieben werden könnten, kommen Verbraucher:innen teuer zu stehen. 2024 setzen wir diese Kampagne fort: Wir wollen die Kommunen in Deutschland davon überzeugen, keine Wasserstoffnetze in der kommunalen Wärmeplanung vorzusehen und so ihre Bürger:innen vor dieser Kostenfalle zu schützen.

→ [Faktenpapier](#) „H<sub>2</sub>-ready: Die Kostenfalle im Gebäude“

# STADTWERKE RAUS AUS DER GASLOBBY

Mehr als 100 Stadtwerke waren Mitglied im Lobbyverband „Zukunft Gas“ und finanzierten so die Anti-Klima-Politik der Gaslobby. Mit unserer Kampagne forderten wir die Stadtwerke zum Austritt auf – und das mit Erfolg!



## Gemeinsam gegen die Gaslobby

Für uns war nach diesen Enthüllungen klar: Es braucht Druck vor Ort, um möglichst viele Stadtwerke dazu zu bewegen, aus dem Gaslobbyverband auszutreten. Und mit „Druck vor Ort“ konnten wir uns durch unsere Erfahrung mit kommunalen Bürgerinitiativen im Rahmen des Projekts „Klimawende von unten“ ziemlich gut aus.

„Zukunft Gas“ ist ein Lobbyverband, der sich für die Interessen der Gasindustrie einsetzt. Mitglieder sind auch zahlreiche Stadtwerke und kommunale Versorgungsunternehmen. Aufmerksam auf diesen Missstand machte im April 2023 eine Veröffentlichung des Recherchezentrums Correctiv. Die Recherche deckte auf, dass Stadtwerke an „Zukunft Gas“ wohl Mitgliedsbeiträge in Millionenhöhe zahlen. Das ist schockierend – passt jedoch ins Gesamtbild, denn die Gaslobby gehört zu den finanzstärksten Lobbyakteuren in Deutschland. Das Problem im Fall der Stadtwerke: Als kommunale Unternehmen sind sie dem Gemeinwohl verpflichtet und nicht zuletzt zentrale Akteure in der Energie- und Wärmewende. Ihre Mitgliedschaft bei „Zukunft Gas“ steht dazu in eklatantem Widerspruch.

Also vernetzten wir uns mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen und lokalen Initiativen. Zudem informierten wir lokale Umweltgruppen, dass ihr Stadtwerk Mitglied bei „Zukunft Gas“ ist, und unterstützten ihren Protest dagegen. Mehr als 70 Organisationen schlossen sich schließlich unserem gemeinsamen Aufruf im Juli 2023 an. Darin forderten wir deutschlandweit die Stadtwerke auf, ihre Mitgliedschaft bei „Zukunft Gas“ zu beenden. Ende September folgte dann der Höhepunkt unserer Kampagne: ein deutschlandweiter Aktionstag. In zehn Städten demonstrierten wir gegen die Gaslobby-Verstrickungen der kommunalen Versorgungsunternehmen. Damit sendeten wir kurz vor dem größten Kongress der kommunalen Energiewirtschaft in Deutschland ein klares Statement: Die Mitgliedschaft bei „Zukunft Gas“ ist nicht dem Gemeinwohl-auftrag der Stadtwerke vereinbar!



Unsere Aktionen und die Berichte in der Presse zeigten Wirkung: Wir konnten mehr als 40 Austritte verzeichnen – darunter das wohl größte Stadtwerk unter den Mitgliedern, die Gelsenwasser Netze. Von ursprünglich mehr als 100 kommunalen Mitgliedsunternehmen sind dem Gaslobbyverband nur noch 59 geblieben.



# DIE KLIMAWENDE KOMMT VON UNTEN

Alles begann mit einem Bürgerbegehren zum Steinkohleausstieg in München. Es folgten Kampagnen in Kassel, Köln, Hannover und Hamburg. Knapp sieben Jahre später berät unser Team der „Klimawende von unten“ noch immer in ganz Deutschland neue Bürgerinitiativen, die mit öffentlichen Kampagnen, Einwohneranträgen und Bürgerbegehren echten Klimaschutz vor der eigenen Haustür erwirken. Mehr als zwanzig Gruppen haben wir im Jahr 2023 intensiv begleitet – vom ersten Strategiefindungstreffen bis hin zum Verhandlungstraining. Nicht immer haben es die lokalen Initiativen leicht, oft müssen sie gegen viele Widerstände ankämpfen. Doch alle Mühen lohnen sich, wenn die Kampagnen am Ende erfolgreich sind. So wie in Regensburg: Dort sammelte die Initiative „Regensburg regenerativ“ im Jahr 2023 mehr als 6.000 Unterschriften für ihr Bürgerbegehren, mit dem sie ihr Stadtwerk zum Ökostromversorger machen möchten. In Kraichtal im Landkreis Karlsruhe konnten Aktive die Stadt dazu bewegen, alle verfügbaren öffentlichen Dächer mit Solaranlagen auszustatten. Und in Ludwigsburg erreichte eine Bürgerinitiative mit 1.400 gesammelten Unterschriften eine Verdreifachung der Solarenergie bis 2030.



Hinter diesen Erfolgsgeschichten steckt viel Motivations- und Vernetzungsarbeit, die oft unsichtbar bleibt, die wir aber gerne leisten: Unsere Kommunen-Datenbank, die Grundlage unserer Beratungsarbeit, enthält mittlerweile 350 Einträge. Im Frühjahr nahmen mehr als 300 Menschen an unserer Online-Seminarreihe teil, in der wir Know-how für den Start einer erfolgreichen Bürgerinitiative vermittelten. In Erinnerung bleiben werden uns 2023 vor allem unsere zwei tollen Barcamps in Nürnberg und Düsseldorf, bei denen jeweils mehr als 50 Teilnehmende neue Ideen und Kraft für ihr weiteres Engagement sammelten. Vielen Dank an alle, die sich unermüdlich in ihren Gemeinden für mehr Klimaschutz einsetzen – aber auch an alle, die diese Arbeit mit ihrer finanziellen Unterstützung erst ermöglichen!



# ATOMAUSSTIEG: ES WIRD ABGESCHALTET!



Der 15. April 2023 war ein Tag, auf den das Umweltinstitut lange hingearbeitet hatte: Deutschland schaltete an diesem Tag seine letzten drei Atomkraftwerke (AKW) ab. Mit diesem Schritt ist unsere Stromversorgung ein gutes Stück sicherer geworden. Schwere nukleare Unfälle aufgrund einer Kernschmelze in einem aktiven Atomkraftwerk in Deutschland wird es nicht mehr geben.

Für uns als Organisation, die sich nach der Reaktor-katastrophe von Tschernobyl gegründet hat, war das ein ganz besonderes Ereignis. Denn seit mehr als 35 Jahren setzen wir uns für eine Energieversorgung ohne Atomrisiko ein. Gemeinsam mit vielen weiteren Organisationen feierten wir deshalb unter anderem in München diesen Tag und setzen ein deutliches Zeichen für einen endgültigen Atomausstieg in Deutschland.

**An dieser Stelle gebührt auch ein großer Dank an unsere Mitstreiter:innern und Unterstützer:innen, die diesen Erfolg gemeinsam mit uns erkämpft haben!**





**Dem deutschen Atomausstieg war eine intensive Debatte vorangegangen, die verschiedenste Horrorszenerarien an die Wand gemalt hatte. Deswegen nehmen wir uns hier Zeit für einen Rückblick.**

### **Wie hat sich der Atomausstieg auf den Strompreis ausgewirkt?**

Seit Beginn des Ukrainekriegs und des folgenden Stopps der Gaslieferungen aus Russland sind die Strompreise sowohl an der Börse als auch für die Endverbraucher gestiegen. Das lag aber nicht am Atomstrom, sondern vor allem am Gaspreis. Atomstrom hatte 2022 nur noch einen sehr geringen Anteil am Strommix von rund sechs Prozent.

### **Gab es einen Blackout durch den Atomausstieg?**

Die Energieversorgung im Winter 2022/2023 war rückblickend gesehen relativ entspannt. Blackouts, also größere Stromausfälle, blieben aus und sind auch in Zukunft nicht zu befürchten.

### **Importiert Deutschland nun Atomstrom aus anderen Ländern?**

Deutschland ist eingebettet in den europäischen Strommarkt – der Import mit 64 Terrawattstunden und der Export mit 53 Terrawattstunden hielten sich 2023 ungefähr die Waage. Die Differenz, also der Netto-Import, machte rund zwei Prozent des Stromverbrauchs in Deutschland aus. Neben Strom aus erneuerbaren und fossilen Quellen wird auch Atomstrom aus Ländern wie Tschechien oder Frankreich importiert. Entscheidend sind die angebotenen Preise. Diese wiederum sind davon beeinflusst, dass zum Beispiel Frankreich Atomstrom sehr stark staatlich subventioniert.

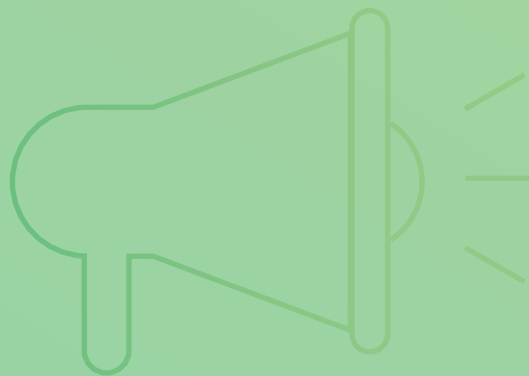
### **Welche Herausforderungen bleiben nach dem Abschalten der AKW?**

Neben der immensen Aufgabe, den verbliebenen Atommüll möglichst sicher zu verwalten, bleiben auch die Atomfabriken in Lingen und Gronau aktiv. Durch den geplanten Einstieg der russischen Atomfirma TVEL, die zum staatlichen Atomkonzern Rosatom gehört, ergeben sich nicht nur umwelt-, sondern auch sicherheitspolitische Risiken. Auch die Forschung an neuen AKW wird in Deutschland vorangetrieben. Wir werden uns daher auch weiter engagieren, bis wir ein 100 Prozent erneuerbares Energiesystem ohne Atomkraft erreicht haben!



# UMWELTSCHUTZ IN AKTION - EIN BLICK HINTER DIE KULISSEN

Erhalten Sie Einblicke in die Arbeit des Umweltinstituts: Auf den folgenden Seiten erfahren Sie unter anderem, wie unsere Referent:innen eine spektakuläre Aktion in Berlin planen oder sich auf einen wichtigen Termin bei den Vereinten Nationen (UN) vorbereiten. Entdecken Sie, was hinter den Kulissen passiert und wie wir uns für eine nachhaltigere Zukunft engagieren.





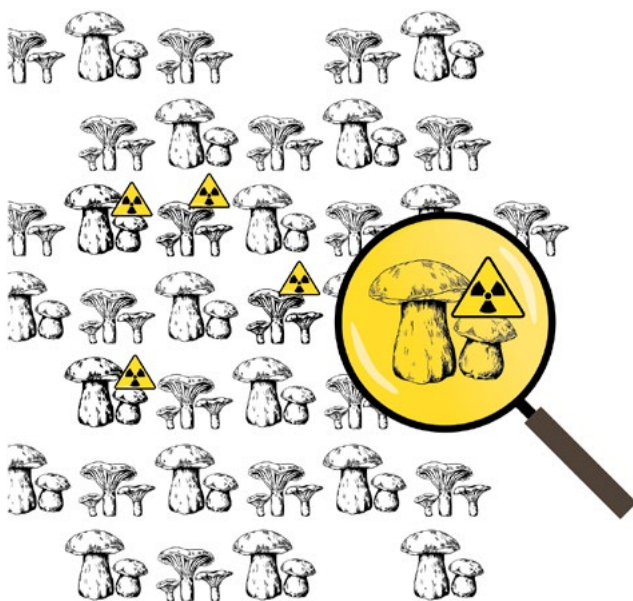
# UNSER MESSPROGRAMM

Seit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl untersucht das Umweltinstitut mit einem Gammaskpektrometer Lebensmittelproben auf radioaktive Belastung. Insbesondere Wild und Pilze aus einigen Regionen Deutschlands sind teilweise auch heute noch so stark belastet, dass sie für den menschlichen Verzehr nicht geeignet sind.

Im Rahmen unseres Forschungsprogramms machten auch 2023 zahlreiche Bürger:innen von unserem kostenlosen Angebot Gebrauch, Lebensmittelproben testen zu lassen. In Einzelfällen wurde in vergangenen Jahren bei diesen Stichproben der geltende EU-Grenzwert stark überschritten.

Die Messwerte veröffentlichen wir regelmäßig auch auf unserer Webseite. Verbraucher:innen können sich dort einen Überblick über die Belastungssituation in Deutschland verschaffen.

→ [Mehr Informationen](#)



## Außenluftüberwachung

Zudem überwachen wir seit 1986 als unabhängige Messstelle die Münchner Außenluft und veröffentlichen die Außenluftwerte einmal pro Werktag auf unserer Homepage. Sollte sich eine Gefährdungssituation ergeben, wie etwa unmittelbar nach der Fukushima-Katastrophe, aktualisieren wir die Grafik mehrmals täglich und informieren über unsere Informationskanäle.

Im Jahr 2023 waren keine deutlichen Abweichungen von der üblichen Schwankungsbreite zu verzeichnen.

→ [Mehr Informationen](#)



# RAUCHENDER CONTAINER IN BERLIN

*Mit einem Schiffscontainer voller qualmender Holzstämme standen wir im Juni 2023 vor dem Reichstagsgebäude in Berlin, um auf eines der klimaschädlichsten Gase aufmerksam zu machen, das in der Öffentlichkeit kaum bekannt ist: Mit Sulfurylfluorid (SF) wird Holz vor dem Export begast, um es von Insekten wie dem Borkenkäfer zu befreien. Worauf es bei der Planung einer Aktion ankommt und warum solche Aktionen für unsere Arbeit wichtig sind, erklärt unser Referent für Energiepolitik Hauke Doerk.*

## **Warum habt ihr diese Aktion auf die Beine gestellt?**

Im Juli stand die Entscheidung über die Verlängerung der EU-Genehmigung des Klimagiftes Sulfurylfluorid an. Die schädliche Klimawirkung ist seit langem bekannt und es gibt sogar ungiftige Alternativen, die einfach nur umgesetzt werden müssten. Doch das überfällige Verbot sollte auf die lange Bank geschoben werden – die Politik musste sich dabei zudem gegen wirtschaftliche Interessen behaupten. Wir haben mit der Aktion öffentlichkeitswirksam gezeigt, wie problematisch der Einsatz dieses Klimagiftes ist. Bilder sagen ja oft mehr als tausend Worte.

Wir hatten dann im Sommer sogar einen Teilerfolg zu verbuchen: Deutschland hat nicht für die Verlängerung gestimmt. Unsere Aktion hat möglicherweise ihren Anteil daran. Für ein EU-Verbot hat es dann leider nicht gereicht. Wir müssen also weiterkämpfen, Aufklärungsarbeit machen und Druck auf die Politik ausüben.

## **Worauf kommt es bei der Planung einer solchen Aktion an?**

Ganz wichtig ist die kreative Phase: Welche Bilder wollen wir erzeugen, was sind gute Symbole und klare Botschaften? Dabei kamen wir auf den lila Rauch, der mitten im Berlin Regierungsviertel aus dem mit Holz gefüllten Container quillt. SF-Gas ist eigentlich

farblos – die Giftigkeit und Klimaschädlichkeit haben wir mit dem farbigen Rauch und Dampf sowie mit unseren Schutzanzügen und Gasmasken symbolisch dargestellt.

Dann gibt es natürlich sehr viele logistische Fragen: Wo bekomme ich einen Container her? Woher das Holz, Rauchtöpfe, Nebelmaschinen, Plakatständer, Schilder? Und wie bleibt alles bezahlbar? Wer aus dem Team kann dabei sein? Außerdem muss der Aktionsort sowohl für Fotos geeignet, als auch für die Versammlungsbehörde akzeptabel sein. Ich habe unfassbar viel telefoniert und Kontakte geknüpft. Besonders die Berliner Baumpflege-Szene war dabei sehr hilfreich!

## **Gab es Herausforderungen bei der Umsetzung der Aktion? Wie seid ihr damit umgegangen?**

Ein Problem war sicherlich, dass wir unser Büro in München haben, die Aktion aber in Berlin stattfinden sollte. Das hat die Logistik und das Knüpfen von Kontakten etwas erschwert. Am Ende habe ich einen Freund aus Berlin gebeten, mich bei der Logistik und Bühnentechnik zu unterstützen. Außerdem bin ich selbst ein paar Tage vorher angereist, um das Material zusammenzustellen. Und unser Fotograf hatte dankenswerterweise bereits vorab mögliche Aufstellorte besucht und bewertet. So hat dann alles gut geklappt.





### Was waren deine Lieblingsmomente während der Aktion?

Die Momente, in denen die ganze Planung und Vorbereitung zusammenlief – als tatsächlich der Kranwagen den Container vor dem Bundestagsgebäude abgestellt hat, wir ihn mit Holzstämmen beladen haben, und dann der erste lila Rauch aus dem Container quoll. Das sah wirklich alles sehr gut aus – und ich war stolz auf meine gute Arbeit und die des Teams!

### Was macht diese Aktion besonders?

Ich denke, wir haben mit der Containeraktion ein komplexes Nischenthema sehr gut visualisiert und die Wichtigkeit sichtbar gemacht. Wer die Bilder sieht, fragt sich erstmal: Was soll das? Was passiert mit dem ganzen Holz in dem Seecontainer, und was soll dieser giftig aussehende Rauch? Das macht neugierig und führt an die Problematik der Holzbe- gasung mit Sulfurylfluorid heran. Wer erstmal Interesse hat, liest dann auch ein paar Sätze dazu. Das Bundestagsgebäude im Hintergrund bringt die politische Dimension ins Spiel. Insgesamt total gelungen, würde ich sagen!



**Hauke Doerk**  
Referent für Energiepolitik



# ZU GAST BEI DEN VEREINTEN NATIONEN



Seit mehr als zwei Jahrzehnten verhandelt die EU-Kommission über eines ihrer wichtigsten Freihandelsabkommen: EU-Mercosur. Doch während nur wenige Unternehmen davon profitieren würden, drohen der Mehrheit der Bevölkerung erhebliche Schäden. So drohen in Lateinamerika mehr Landraub und Vertreibung sowie eine Verschärfung der Hungerkrise. In europäischen Supermärkten könnten mehr südamerikanische Lebensmittel landen, die mit Pestiziden belastet sind, die in der EU längst verboten sind.

Bisher wurde dies im Rahmen des EU-Mercosur-Vertrags kaum thematisiert. Das wollten wir ändern. Aus diesem Grund haben wir uns entschlossen, einen Parallelbericht bei den Vereinten Nationen einzureichen. Ein solcher Bericht dient als Input für den offiziellen Staatenbericht der Vereinten Nationen (UN) zur Menschenrechtssituation in einem Land. Das klingt zunächst sehr kompliziert und trocken. Für Wissenschaftler:innen und die Zivilgesellschaft kann es aber ein wichtiges Instrument sein, um die UN auf bestimmte Themen aufmerksam zu machen. Im besten Fall wird eine Forderung aus einem Parallelbericht in den Staatenbericht aufgenommen, wodurch sie offiziell wird und von den Regierungen schwerer zu ignorieren ist.

Schon wenige Wochen später konnten wir einen ersten Erfolg feiern: Unser Bericht wurde tatsächlich offiziell angenommen! Im September 2023 fuhr ich deshalb zusammen mit einer Mitsprecherin von München nach Genf, um an der Anhörung vor dem UN-Ausschuss teilzunehmen.

Am nächsten Morgen begannen wir mit zahlreichen Gesprächen und Besuchen in den Genfer UN-Institutionen, wo wir uns mit Beobachter:innen, Berichterstatter:innen, Aktivist:innen und Wissenschaftler:innen austauschten, um unser Anliegen zu diskutieren. Am Nachmittag fand schließlich die Anhörung statt – hinter verschlossenen Türen zum Schutz der Aktivist:innen und Indigenen, die dort berichteten und sich dabei regelmäßig in Gefahr bringen. Dort traf ich auch auf bekannte Kolleginnen und Kollegen aus Europa und Brasilien. Gemeinsam gingen wir Kapitel für Kapitel mit den Ausschussvorsitzenden durch, um unsere Argumente detailliert zu erläutern und eventuelle Fragen zu klären.

Der Tag war lang und anstrengend, ganz zu schweigen von der intensiven, monatelangen Vorbereitungsphase, die diesem Termin vorausgegangen war. Doch die Arbeit hat sich gelohnt: Etwa einen Monat später erhielt ich die Nachricht, dass die UN in ihrem Staatenbericht tatsächlich eine Überprüfung des Abkommens fordert! Das war ein großer Erfolg für uns und für alle, die auf Menschenrechtsverletzungen aufmerksam machen oder direkt davon betroffen sind. Manchmal ist es eben auch die „unsichtbare“ Arbeit, die wir leisten, und die vielen Gespräche, die wir mit Behörden und Politiker:innen hinter verschlossenen Türen führen, die uns unseren Zielen wieder einen Schritt näher bringen.



**Ludwig Essig**  
**Referent für Handelspolitik**



# Unser Infomaterial: zum Selberlesen und Verteilen.

Was ist ein Cocktaileffekt? Wie kann ich zu Hause Strom sparen? Und was können wir gegen das Artensterben unternehmen? Das und vieles mehr erfahren Sie in unserem Infomaterial.

Unsere große Auswahl an Flyern, Aufklebern, Plakaten und Broschüren ist bei unseren Unterstützer:innen seit jeher sehr beliebt. Unvergessen für uns: Als noch kaum bekannt war, was sich hinter der Abkürzung TTIP verbirgt, brachten wir einen Flyer zu dem geplanten Freihandelsabkommen mit den USA heraus. Innerhalb kürzester Zeit wurde dieser millionenfach bestellt und in der ganzen Bundesrepublik verteilt.

Spätestens seit dieser Zeit ist uns klar: Hochwertiges Infomaterial ist ein wichtiger Teil unserer Informationsarbeit. Und entsprechend viel Zeit und auch Geld investieren wir in die Erstellung der Inhalte, die wir Ihnen kostenlos zur Verfügung stellen. Stöbern Sie doch einmal vorbei!

## Unsere Infopakete: Informationen zum Verteilen

Ob Ackergifte, Atomkraft oder Handelsabkommen: Wir haben verschiedene Infopakete geschnürt, die Sie in Ihrem Freundeskreis oder in der Nachbarschaft verteilen und so unsere Arbeit aktiv unterstützen können.

Unser Insektenretter-Infopaket richtet sich an alle, die selbst aktiv werden wollen. Garten oder Balkon werden zu Insekten-Oasen und schenken Schmetterlingen, Bienen und Hummeln ein schönes Zuhause. Der beigelegte Aussaatkalender zeigt, welche Pflanzen zu welchem Zeitpunkt am besten in die Erde sollten, und unser Bienenratgeber gibt Ihnen einen guten Überblick über insektenfreundliche Pflanzen.

Durch neue und alte (Schein-)Debatten wird trotz Atomausstieg in Deutschland immer wieder über Atomkraft diskutiert. Mit unserem Anti-Atom-Paket halten wir dagegen. Es beinhaltet den Informationsflyer „Irrweg Atomkraft“ und den bekannten Aufkleber „Atomkraft? Nein Danke!“.

→ [Jetzt Infomaterial bestellen](#)





# ÖKOLANDBAU ERLEBEN UND VERSTEHEN!

Kinder und Jugendliche verlieren zunehmend den Bezug zur Natur. Das Interesse an Erfahrungen in der Natur nimmt kontinuierlich ab. Mit den Bildungsprojekten „Ökolandbau erleben und verstehen“ wollen wir dieser alarmierenden Entwicklung entgegenwirken. Wir zeigen Kindern und Jugendlichen den Ursprung unserer Lebensmittel und welche Vorteile die ökologische Landwirtschaft und Bio-Lebensmittel für unsere Gesundheit und Umwelt haben. Sie lernen, dass gesunde Lebensmittel schmecken – und dass es Spaß macht, diese zuzubereiten.

Im vergangenen Jahr organisierten wir für 22 Schul- und Kitagruppen Ausflüge auf Bio-Bauernhöfe rund um München. Zudem vermittelten wir an vier Projekttagen in Münchner Bildungseinrichtungen auf unterhaltsame Weise Wissen zu Ökolandbau und gesunder Ernährung.

—> Mehr Informationen zu unseren Bildungsprojekten finden Sie [hier](#).





# FREIWILLIGES ÖKOLOGISCHES JAHR (FÖJ) BEIM UMWELTINSTITUT

*Hi, ich bin Clara Brombacher und habe 2023 ein FÖJ beim Umweltinstitut gemacht. Unter dem Motto „Handeln statt zusehen!“ bieten zahlreiche Träger in Bayern über die Jugendorganisation des BUND Naturschutz Plätze für ein FÖJ an – darunter auch das Umweltinstitut München.*

## Warum hast du dich für ein Freiwilligenjahr entschieden?

Nach der Schule wollte ich mir noch etwas Zeit für meine Studien- und Berufsorientierung nehmen und gleichzeitig erste Erfahrungen in der Arbeitswelt sammeln. Da mir Umweltschutz schon immer wichtig war, entschied ich mich dafür, mein Zwischenjahr voll und ganz diesem Thema zu widmen. Beim Umweltinstitut haben mich die vielen verschiedenen Themen, zu denen wir arbeiten, sofort angesprochen.

## Welche besonderen Erlebnisse hattest du während deines Freiwilligenjahres?

Viele, ich kann unmöglich alle erzählen. Am meisten im Gedächtnis geblieben sind mir die Aktionen, an deren Vorbereitung und Umsetzung ich beteiligt war. Vor meinem FÖJ hätte ich sicherlich nicht damit gerechnet, dass ich eines Tages umhüllt von lila Kunstrauch in einem Chemieschutzanzug vor dem Reichstag in Berlin stehen würde, um für das Verbot eines Klimagifts zu demonstrieren – im Nachhinein hätte ich nur ungern auf diese spektakuläre Erfahrung verzichtet!

## Warum würdest du anderen empfehlen, ein FÖJ beim Umweltinstitut zu machen?

Beim Umweltinstitut erwarten euch spannende Aktionen, viele unterschiedliche Aufgaben und ein sympathisches Team, mit dem einem nie langweilig wird. Das FÖJ bietet euch die Möglichkeit, das Thema Umweltschutz direkt anzupacken, und auf den vom Träger organisierten Seminaren viele andere FÖJler:innen kennenzulernen. Noch nie habe ich in einem Jahr so viele Dinge erlebt.

## Was machst du seit deinem Freiwilligenjahr?

Für mich war es eine wichtige Erfahrung, zu sehen, wie viel eine kleine, aber engagierte Gruppe Menschen auf die Beine stellen kann. Auch nach meinem Studium könnte ich mir politische Arbeit oder sonstige Tätigkeiten im Umweltbereich gut vorstellen. Mittlerweile habe ich mein Geographiestudium begonnen und arbeite beim Umweltinstitut weiter als studentische Hilfskraft.





*Liebes Team des Umweltinstitut München,*

Sie fragen mich, warum ich genau Ihr Institut unterstütze. Das kann ich gern beantworten: Allein kann ich nur wenig bewirken, also muss ich mich einer ähnlich denkenden Gruppe anschließen. Es gibt viele NGOs mit grünem Gedankengut. Sie unterscheiden sich jedoch stark in der Auswahl der Themen und in den Mitteln und Wegen, wie sie diese Ziele erreichen wollen.

Das methodische Vorgehen des Umweltinstituts München ist mir erstmalig nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl aufgefallen. Es veröffentlichte fachlich einwandfrei erhobene Messergebnisse.

Ich unterstütze das Umweltinstitut München, weil es sorgfältig und fundiert recherchiert, dabei Missstände aufdeckt und dann versucht, mit Argumenten und Fakten zu überzeugen. Das Institut bleibt schwerpunktmäßig bei den ursprünglich grünen Kernthemen. Diese Vorgehensweise spricht mich an.

*Elisabeth Raab*

Fördermitglied und langjährige Unterstützerin des Umweltinstituts



# UNABHÄNGIG UND ERFOLGREICH FÜR EINE ARTENREICHE UND VIELFÄLTIGE UMWELT – DANK IHRER UNTERSTÜTZUNG!

Erst unsere Fördermitglieder und Spender:innen machen unsere Aufklärungs- und Kampagnenarbeit möglich. Gemeinsam mit Ihnen kämpfen wir für eine artenreiche und vielfältige Umwelt, in der alle ein gutes Leben führen können.

Mit einem regelmäßigen Beitrag geben Sie uns die Planungssicherheit, die unsere Arbeit benötigt. Denn um unsere Ziele zu erreichen, benötigen wir oft einen langen Atem. Es reicht uns nicht, Probleme zu identifizieren. Wir möchten gemeinsam mit Ihnen Veränderungen bewirken. Dafür schaffen wir öffentliche Aufmerksamkeit und organisieren Protest, um die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft zum Handeln zu bewegen.

Neben regelmäßigen Beiträgen helfen uns Spenden zum Beispiel bei der Umsetzung einer spontanen Aktion. Ganz gleich, wie Sie sich engagieren möchten: Sie kämpfen an unserer Seite für mehr Umweltschutz. Herzlichen Dank!

Jetzt → [Fördermitgliedschaft abschließen](#)

oder → [Beitrag erhöhen](#)

oder → [spenden](#)



*Vielen Menschen ist es besonders wichtig, für diejenigen zu sorgen, die Ihnen besonders am Herzen liegen. Mit Ihrer Testamentsspende können Sie genau das tun: Unsere Natur für die nächste Generation schützen. Bereits ein kleiner Anteil Ihres Erbes kann Großes bewirken. Denn unser wichtigstes Vermächtnis ist eine gesunde und intakte Umwelt. Sprechen Sie uns gerne an oder informieren Sie sich auf unserer Website. Sprechen Sie uns gern an!*

→ [Weitere Informationen finden Sie hier](#)

Ihre persönliche Ansprechpartnerin

**Corina Rohlf**

**T. 089 / 30 77 49 0**

**cr@umweltinstitut.org**



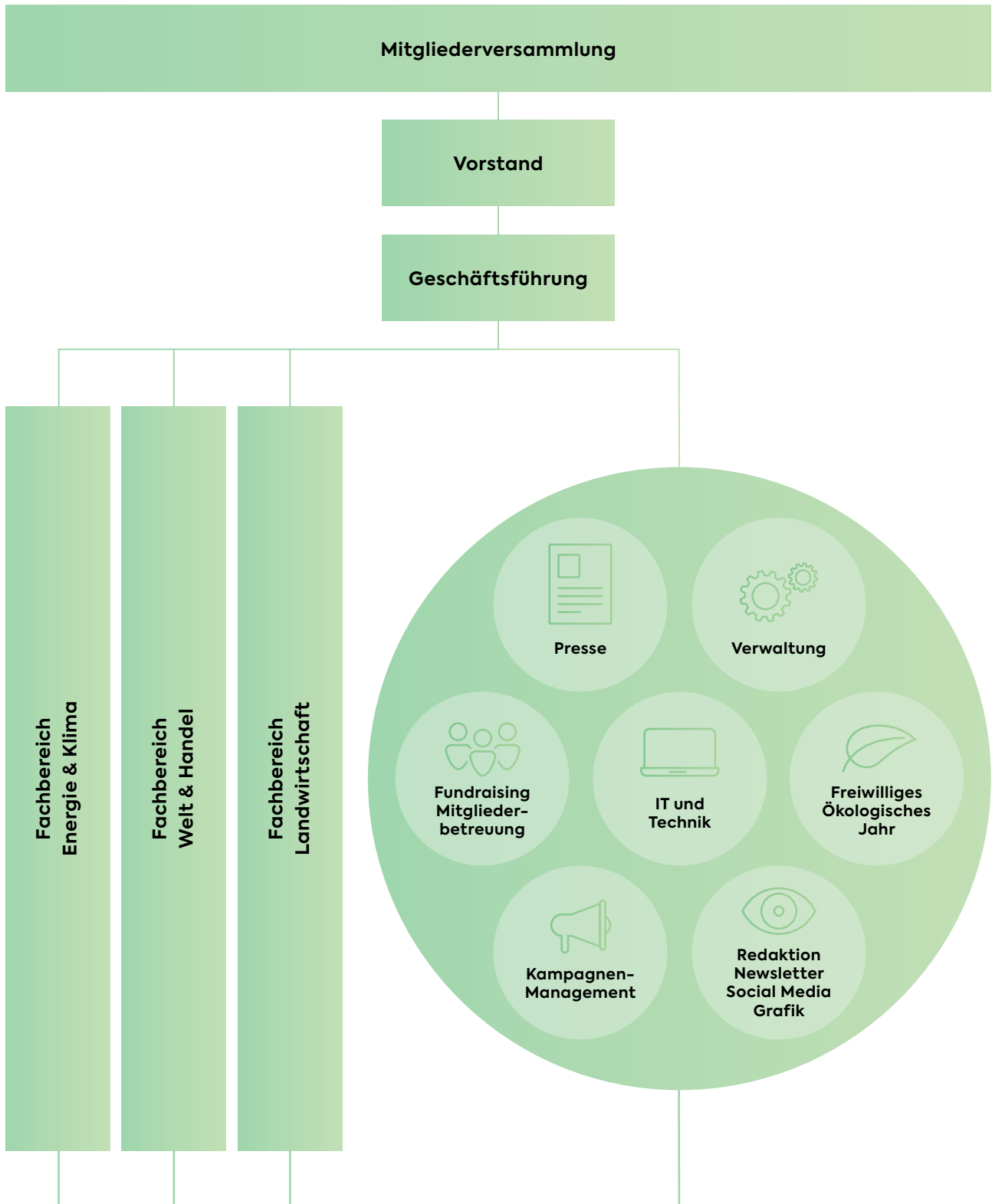
# ORGANISATION

Das Umweltinstitut München ist ein unabhängiger eingetragener Verein. Lernen Sie in diesem Kapitel den Vorstand kennen, entdecken Sie unser Organigramm und erfahren Sie mehr über die Struktur und Zusammensetzung unseres Teams.





# UNSER ORGANIGRAMM



# UNSER VORSTAND



Der Vorstand ist das zentrale Leitungsorgan eines gemeinnützigen Vereins. Im Umweltinstitut wird dieser alle zwei Jahre von der Mitgliederversammlung gewählt und setzt sich aus drei bis fünf engagierten Personen zusammen. Besonders wichtig ist uns dabei die Vielfalt und Gleichstellung, weshalb mindestens zwei Vorstandsämter stets von Frauen besetzt werden. Unsere Vorstandsmitglieder bringen nicht nur Fachwissen, sondern auch Leidenschaft und Visionen mit, um das Umweltinstitut in eine nachhaltige Zukunft zu führen.

#### **Zu den Aufgaben des Vorstands gehören:**

- **Strategische Weiterentwicklung:** Gemeinsam mit der Geschäftsführung arbeitet der Vorstand an der strategischen Weiterentwicklung des Umweltinstituts.
- **Einhaltung des Vereinszwecks:** Der Vorstand stellt sicher, dass der Verein seinen Zweck erfüllt.
- **Verwaltung des Vereinsvermögens:** Der Vorstand ist verantwortlich für die Verwaltung des Vereinsvermögens.
- **Personalentscheidungen:** Der Vorstand entscheidet über Personalangelegenheiten.
- **Kontrolle der Geschäftsführung:** Der Vorstand setzt die politische und kaufmännische Geschäftsführung ein und kontrolliert deren Arbeit.

„Als Referentin für Ökolandbau engagiere ich mich am Umweltinstitut für eine Agrar- und Ernährungswende. Seit diesem Jahr bin ich auch Teil des Vorstandes. Hier möchte ich dazu beitragen, dass das Umweltinstitut sich als unabhängige, kritische und erfolgreiche Organisation weiterentwickelt und allen unseren tollen Mitarbeiter:innen einen sicheren Arbeitsplatz bietet, an dem wir gemeinsam und mit Freude für eine bessere Welt kämpfen.“



**Verena Schmitt,**  
**Landwirtschaft, Verbraucherschutz**



„Seit über einem Jahrzehnt engagiere ich mich im Umweltinstitut, seit 2020 auch als Teil des Vorstands. Es ist eine tolle Erfahrung, Seite an Seite mit Gleichgesinnten zu arbeiten, die sich mit Leidenschaft und Hingabe dem Umweltschutz widmen. Unsere gemeinsame Vision einer artenreichen und vielfältigen Welt motiviert mich jeden Tag.“



**Joy Mann,**  
**Redaktion und**  
**Öffentlichkeitsarbeit**

„Ob es um Pestizide im Apfelanbau, unfaire Handelsverträge oder die kommunale Klimawende geht: Mit unseren Projekten und Kampagnen machen wir Missstände öffentlich und schaffen es so, an vielen Stellen positive Veränderungen anzuschließen. Ich bin stolz darauf, als Vorstand und Campaigner dazu beitragen zu können.“



**Jurek Vengels,**  
**Kampagnenplanung**

„Als Mitarbeiterin in der Verwaltung bin ich unter anderem am Telefon für unsere Förder:innen und Spender:innen da. Ich kenne und teile ihre Sorgen um unsere Umwelt und die Zukunft der nachfolgenden Generationen. Als Vorständin im Umweltinstitut nutze ich daher die Möglichkeit, die Strategie und Entscheidungen der Organisation im Sinne unserer vielen Unterstützer:innen mitzugestalten.“



**Elisabeth Albrecht,**  
**Sekretariat, Mitgliederverwaltung**

„Ich setze mich seit zehn Jahren mit dem Umweltinstitut gegen Fracking, für mehr Solarenergie auf unseren Dächern oder die demokratische Energiewende von unten ein. Besonders freue ich mich, wenn ich Bürger:innen in ihrem politischen Engagement für Klimaschutz beratend zur Seite stehen kann. Gemeinsam mit meinen Kolleg:innen möchte ich dazu beitragen, dass unsere Kinder und Enkel ein gutes Leben auf dieser Welt führen können.“



**Franziska Buch,**  
**Kampagnenplanung**

# MITARBEITER:INNEN- UND GEHALTSSTRUKTUR



Im Jahr 2023 arbeiteten 26 Menschen festangestellt beim Umweltinstitut. Hinzu kommen drei Kolleg:innen, die bei uns ein Freiwilliges Ökologisches Jahr absolvieren, sowie Praktikant:innen und studentische Hilfskräfte. Bei der Vergütung orientiert sich das Umweltinstitut am Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst (TVöD) Bund. Anpassungen aufgrund der Betriebszugehörigkeit und Tarifierhöhungen werden in der Regel nachvollzogen. Im Haustarif gibt es folgenden Gehaltsstufen.

## Studentische Mitarbeiter:innen, Trainees

Entgeltgruppe 10

### Organisation, Verwaltung

Entgeltgruppe 11, 12

### Referent:innen, Technik

Entgeltgruppe 12

### Geschäftsführung

Entgeltgruppe 13

Für ein besonders hohes Maß an Einsatz und Verantwortungsübernahme kann eine Verantwortungszulage von bis zu 200 Euro monatlich gezahlt werden. Darüber hinaus bieten wir eine arbeitszeitunabhängige Familienzulage in Höhe von 200 Euro monatlich für das erste Kind sowie eine arbeitszeitanteilige

Kinderzulage ab dem zweiten Kind. Betriebliche Altersvorsorge, Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie 30 Tage Jahresurlaub sind üblich.

Als Arbeitgeber bemühen wir uns um eine familienfreundliche Gestaltung des Arbeitsalltags – unter anderem durch flexible Arbeitszeitmodelle und die Möglichkeit zum Home Office an bis zu drei Tagen pro Woche. Damit der persönliche Austausch dennoch nicht zu kurz kommt, gibt es regelmäßig feste Bürotage für alle.

## Platz 3 im Fair Share Monitor

In den vergangenen Jahren haben wir eine Frauenquote im Vorstand eingeführt, Kolleginnen ermutigt, Führungspositionen zu übernehmen, und sie mit Weiterbildungen unterstützt. Mittlerweile entspricht der Anteil weiblicher Führungskräfte mit zwei Drittel dem Frauenanteil in der Gesamtorganisation. Wir haben uns daher sehr gefreut, dass wir 2023 beim „Fair Share Monitor“ den 3. Platz erreicht haben. Mit diesem Ranking untersucht der Verein Fair Share of Women Leaders die angemessene Repräsentation von Frauen in Leitungs- und Aufsichtsgremien von 210 zivilgesellschaftlichen Organisationen.



# FÖRDERMITGLIEDER WERBEN – UND PRÄMIE SICHERN!

Sind Sie bereits Fördermitglied des Umweltinstituts und kennen Freund:innen oder Familienmitglieder, die sich ebenfalls für Umweltschutz sowie die Energie- und Agrarwende engagieren möchten? Dann haben wir ein tolles Angebot für Sie: Empfehlen Sie uns weiter und helfen Sie uns dabei, noch mehr Unterstützer:innen zu finden.

Für Ihre Hilfe bedanken wir uns bei Ihnen mit einer attraktiven Prämie. Ihre Empfehlungen sind von unschätzbarem Wert, denn durch jede neue Mitgliedschaft können wir unsere Projekte und Initiativen weiter ausbauen und unsere gemeinsamen Ziele für den Schutz der Umwelt effektiver vorantreiben.

## So einfach funktioniert's

**Empfehlen Sie uns weiter:** Sprechen Sie mit Freund:innen und Familienmitgliedern über unsere Arbeit und wie wichtig Ihre Unterstützung ist.

**Neue Mitgliedschaft bestätigen:** Wenn jemand aufgrund Ihrer Empfehlung Fördermitglied wird, teilen Sie uns dies direkt über das Online-Formular auf der Website mit oder senden Sie uns eine E-Mail.

**Prämie erhalten:** Wählen Sie Ihre Prämie als Dankeschön für Ihre Unterstützung. Natürlich kann sich auch das neue Fördermitglied eine unserer attraktiven Prämien aussuchen.

Besuchen Sie unsere Webseite für weitere Informationen. Zusammen können wir mehr erreichen und unsere Umwelt nachhaltig schützen!

→ [Jetzt Fördermitglieder werben](#)

”

Ich unterstütze das Umweltinstitut München, weil es seit Jahren konsequent und professionell für eine ökologische Landwirtschaft und eine regenerative Energiewende arbeitet, weil Artensterben und Klimakrise unsere Lebensgrundlagen massiv bedrohen und weil die Grundlagen für dieses Engagement wissenschaftliche Erkenntnisse sind, die auch in die Politik getragen werden.

Das beispielhafte Engagement des Umweltinstituts München gegen den immensen Pestizideinsatz in den Apfelmonokulturen im Vinschgau haben mich auf das Umweltinstitut München aufmerksam gemacht.

“

**Viktoria,  
Fördermitglied**

# DAS JAHR 2023 IN ZAHLEN

Unsere Fördermitglieder und Spender:innen ermöglichen durch ihre Unterstützung unsere Aufklärungs- und Kampagnenarbeit – ganz unabhängig von Parteipolitik und wirtschaftlichen Interessen.

Für Ihre Beiträge und Spenden im Jahr 2023 möchten wir uns ganz herzlich bedanken. Dank Ihnen konnten wir neben vielen anderen Projekten eine spektakuläre Auswertung von beschlagnahmten Pestiziddaten aus Südtirol veröffentlichen – Titelstory in der Süddeutschen Zeitung inklusive. Außerdem konnten wir im April die Abschaltung der letzten Atomkraftwerke in Deutschland feiern. Auf diesen Erfolg hatten wir gemeinsam mit unseren Unterstützer:innen seit dem Reaktorunfall von Tschernobyl im Jahr 1986 hingearbeitet.





# EINNAHMEN UND AUSGABEN

## Finanzierung

Im Jahr 2023 haben wir mit einer großen Kampagne dazu beigetragen, dass mehr als 40 Stadtwerke aus dem fossilen Lobbyverband „Zukunft Gas“ ausgetreten sind. Außerdem haben wir alle Hebel in Bewegung gesetzt, um auf die schädlichen Auswirkungen des EU-Mercosur-Abkommens aufmerksam zu machen. Hierfür reichten wir unter anderem einen Bericht bei den Vereinten Nationen (UN) ein und nahmen an einer Anhörung des UN-Ausschusses teil. Mit Erfolg: Die UN fordern inzwischen eine Überprüfung des Abkommens.

Spenden und Mitgliedsbeiträge bilden mit insgesamt 83 Prozent der Einnahmen das Rückgrat unserer Finanzierung. Durch den hohen Anteil an Spenden und Beiträgen sichern wir unsere Unabhängigkeit. Projektzuschüsse verschiedener Träger beliefen sich 2023 auf elf Prozent unserer Einkünfte.

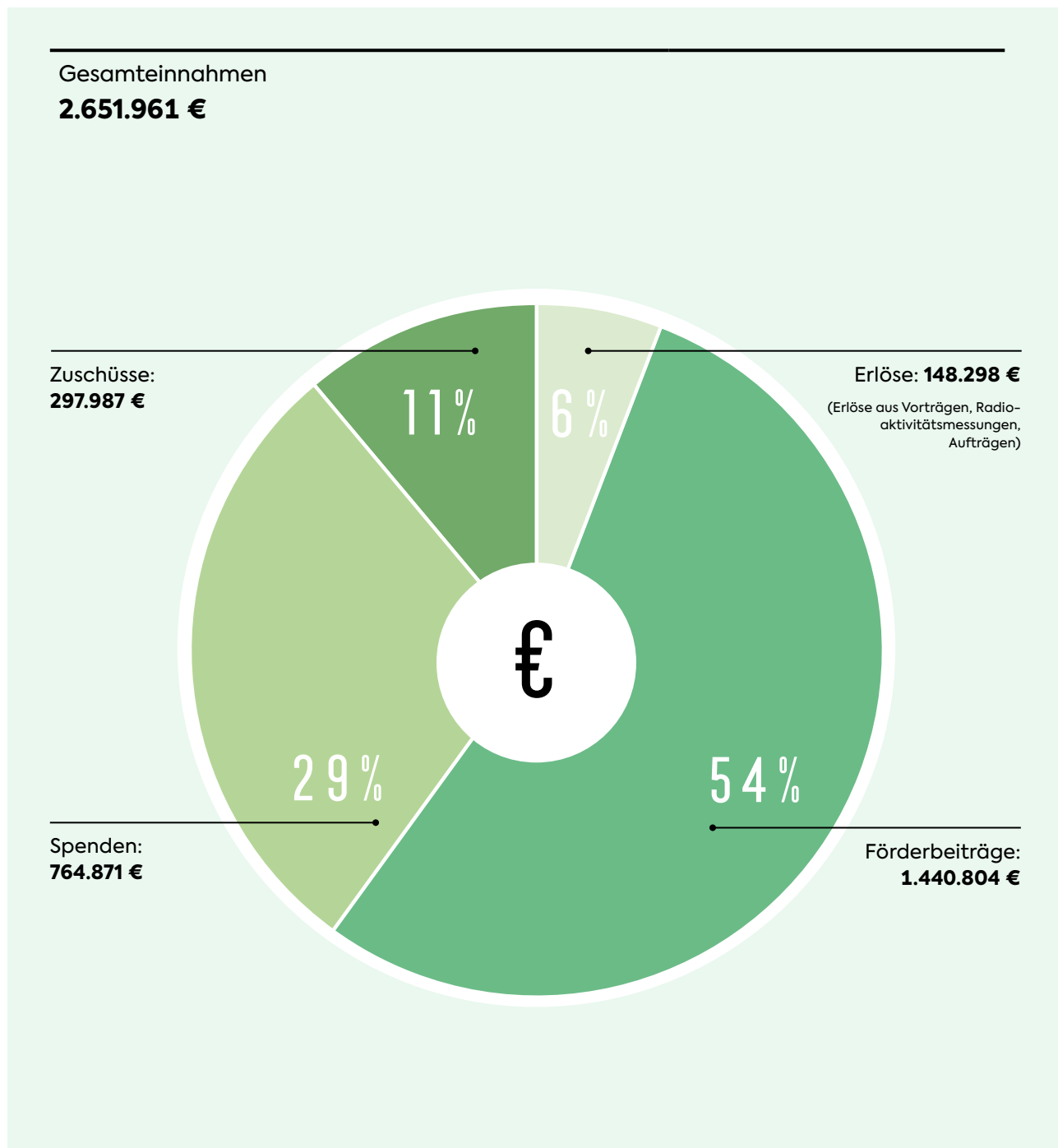
Unsere Kampagne „Klimawende von unten“ wurde unterstützt von der European Climate Foundation, Elektrizitätswerke Schönau Vertriebs GmbH - Sonnentent-Projekt-Förderung, Climate Action Network - Europe Beyond Coal Campaign sowie von der Christlichen Initiative Romero e.V., Plan B e.V., der Postcode Lotterie und der Patagonia/Charities Aid Foundation America. Unsere Kampagne gegen Einschüchterungsklagen (SLAPP) erhielt eine Unterstützung vom European Center for Not-for-Profit Law Stichting (ECNL). Unser Gutachten zum EU-Mercosur-Freihandelsabkommen wurde von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert, das Gutachten zum CETA-Freihandelsabkommen von Powershift

e.V. Von der GLS Treuhand e.V. - Zukunftsstiftung Landwirtschaft erhielten wir einen Zuschuss nach Abschluss der Auswertung der Südtiroler Pestizid-daten. Außerdem wurde unsere Kampagne „Energieeffizienz in der Industrie“ unterstützt durch die Sonnentent-Projekt-Förderung der Elektrizitätswerke Schönau Vertriebs GmbH. In diesem Jahr konnten wir zudem wieder auf die Landeshauptstadt München zählen, die das Projekt „Ökolandbau erleben und verstehen“ sowie die Umweltberatung für interessierte Bürger:innen unterstützt hat. Die Gregor Louisoder Stiftung unterstützte uns projektunabhängig mit einer Sockelförderung.

## Ausgaben

Im Jahr 2023 beliefen sich unsere Ausgaben auf 2.577.332 Euro. 82 Prozent unserer Ausgaben verwendeten wir für die Arbeit in den Fachbereichen. Diese Ausgaben umfassten die Planung und Durchführung von Kampagnen, wissenschaftlichen Projekten oder die finanzielle Unterstützung von Bündnisprojekten innerhalb der Umweltbewegung, aber auch die Beauftragung von Rechtsgutachten, beispielsweise zu den Freihandelsverträgen EU-Mercosur und CETA, oder die Messung von Pilzen auf Radioaktivität. Mit elf Prozent blieben unsere Verwaltungskosten auf niedrigem Niveau. Für unsere allgemeine Öffentlichkeitsarbeit gaben wir sieben Prozent unserer Ausgaben aus.

# EINNAHMEN



Die Angaben in den Diagrammen sind gerundete Werte. Dies kann zu vermeintlichen Differenzen in der Summenbildung führen.



# DIE UNTERSTÜTZERINNEN UND UNTERSTÜTZER DES UMWELTINSTITUTS

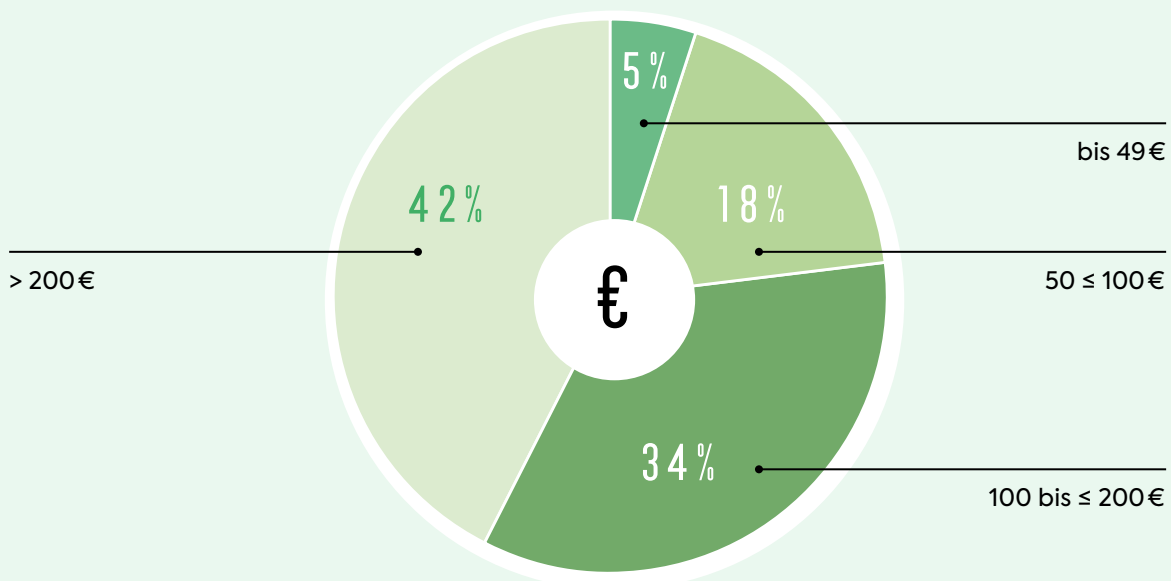
Das große Engagement unserer Fördermitglieder und Spender:innen macht unsere Aufklärungs- und Kampagnenarbeit überhaupt erst möglich. Wir freuen uns deshalb, dass weiterhin sehr viele engagierte Menschen unsere Arbeit mit einem regelmäßigen Beitrag unterstützen.

Leider mussten wir feststellen, dass sich Energiekrise und Inflation bei unseren Unterstützer:innen weiter bemerkbar machen. Im Jahr 2023 nahm die Zahl der neuen Fördermitglieder im Vergleich zu den Vorjahren ab. Zugleich kündigten weiterhin Fördermitglieder mit dem Verweis darauf, dass sie sich den Beitrag aktuell nicht mehr leisten können. Insgesamt sank die Zahl der Fördermitglieder leicht, aber wir konnten uns zum Jahresende über knapp 12.000 Fördermitglieder freuen. Für die Sicherung unserer Aufklärungs- und Kampagnenarbeit ist eine starke Mitgliederbasis eine wesentliche Voraussetzung. Aus diesem Grund werden wir uns 2024 besonders um die Erhöhung unserer Mitglieder bemühen.

Wir haben zudem ca. 13.400 Spenden erhalten. Dies sind etwas weniger Spenden als im Vorjahr, aber dafür stieg die Spendenhöhe leicht an. Spenden und Beiträge in der Größenordnung bis 200 Euro machten wie im Vorjahr 59 Prozent unseres Spendenvolumens aus. Viele Spender:innen und Fördermitglieder unterstützten uns mit Spenden von mehr als 200 Euro, insgesamt 50 Spender:innen und Fördermitglieder sogar mit Beträgen von 1.000 Euro und mehr.

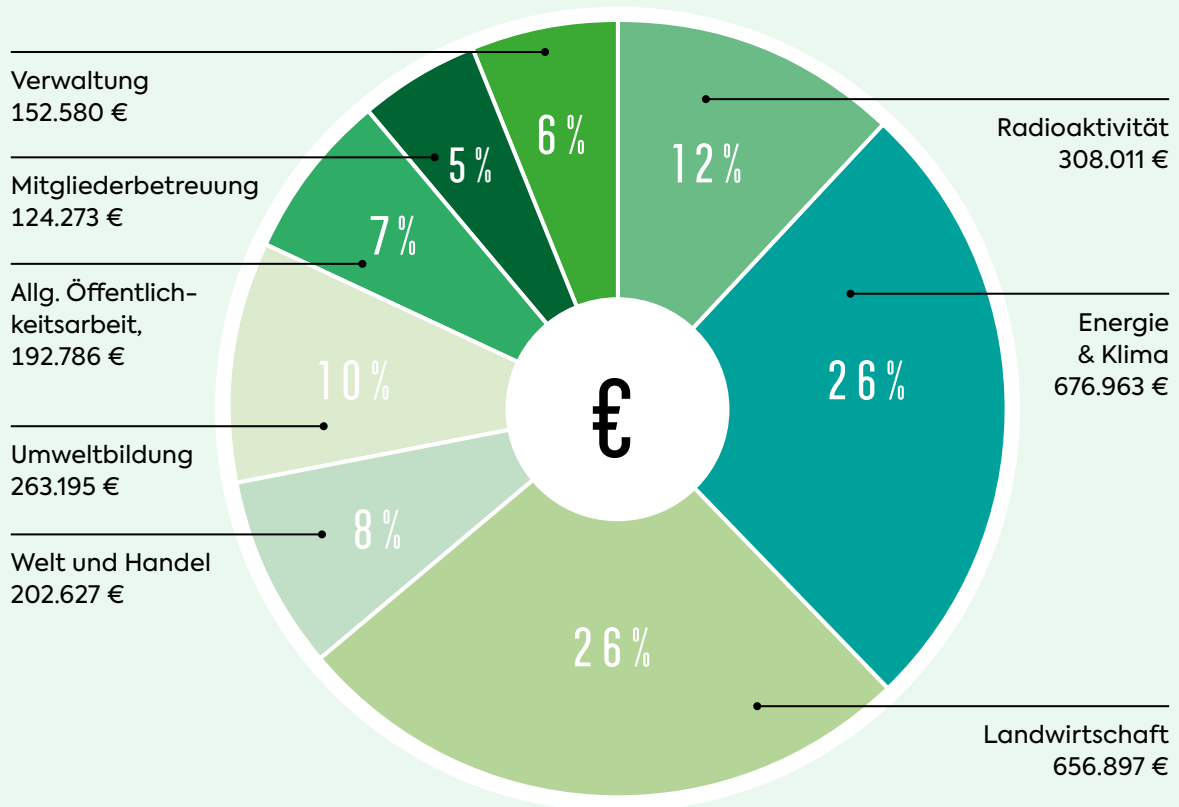
Jahr	Fördermitglieder
2018	8.344
2019	9.154
2020	11.270
2021	12.098
2022	12.118
2023	12.035

## Spenden- und Beitragssummen



# AUSGABEN

Gesamtausgaben  
**2.577.332 €**





# BILANZ

Aktiva	
Anlagevermögen	
Immaterielle Vermögensgegenstände	62.161,00 €
Sachanlagen	139.184,00 €
Summe Anlagevermögen	201.345,00 €
Umlaufvermögen	
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	197.365,79 €
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.891.365,91 €
Summe Umlaufvermögen	2.088.731,70 €
Rechnungsabgrenzung	0,00 €
<b>Summe Aktiva</b>	<b>2.290.076,70 €</b>

Passiva	
Eigenkapital	2.101.107,25 €
Rückstellungen	57.200,00 €
Verbindlichkeiten	131.769,45 €
Rechnungsabgrenzung	0,00 0 €
<b>Summe Passiva</b>	<b>2.290.076,70 €</b>

# GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Als eingetragener Verein sind wir der Erfüllung unserer satzungsgemäßen Ziele verpflichtet und nicht bestrebt, Gewinne zu erzielen. Die uns zugeflossenen Spenden sind satzungsgemäß und zeitnah auszugeben. Das bedeutet, dass es einen Gewinn oder Verlust – wie bei unternehmerisch tätigen Organisationen – in einem gemeinnützigen Verein nicht gibt. Ein Überschuss von Einnahmen gegenüber Ausgaben im Geschäftsjahr wird zur Verwendung im nächsten Jahr vorgetragen. Eine Unterdeckung hingegen bedeutet, dass mehr Förder- und Spendengelder in diesem Geschäftsjahr ausgegeben wurden als im gleichen Jahr zugegangen sind. Die Ausgaben wurden also durch Einnahmen aus vorherigen Jahren finanziert. Langfristig gebundene Spendenmittel sind in der Bilanz als Anlagevermögen aufgeführt. Sie stehen nicht unmittelbar als Mittel bereit. Andere noch nicht verwendete Spendenmittel stellen eine kontinuierliche Arbeit auch im Falle von Einnahmeschwankungen sicher. Sie ermöglichen es uns, auf Unvorhergesehenes reagieren zu können, eventuelle Risiken abzudecken und soweit notwendig für unseren Vereinszweck Investitionen zu tätigen.

<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>	
<b>Einnahmen/Erlöse</b>	2.651.960,67 €
<b>Aufwendungen</b>	
Fremdleistungen/ Direkte Projektkosten	-151.409,47 €
Personalaufwand	-1.733.718,31 €
Abschreibungen	-118.185,17 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-574.018,61 €
<b>Summe Aufwendungen</b>	<b>-2.577.331,56 €</b>
Ergebnisvortrag Vorjahr	438.749,92 €
Entnahme aus den Rücklagen	23.400,00 €
Einstellung in Rücklagen	-250.366,29 €
<b>Bilanzergebnis</b>	<b>286.412,74 €</b>



# DANKE!

Wir bedanken uns bei allen Stiftungen und Vereinen, die uns bei unseren Projekten in 2023 unterstützt haben:

- CAN Europe - Europe Beyond Coal Campaign
- CI Romero e.V.
- Deutsche Postcode Lotterie
- European Center for not-for-profit law stichting
- European Climate Foundation
- EWS Schönau
- GLS Treuhand - Zukunftsstiftung Landwirtschaft
- Gregor Louisoder Umweltstiftung
- Hans-Böckler-Stiftung
- Movement Hub Plan:B e.V.
- Powershift e.V.
- Patagonia/Charities Aid Foundation America



# BLEIBEN SIE MIT UNS IN KONTAKT!

## Unser Newsletter

Unabhängige Informationen zu Umweltpolitik,  
Agrar- und Klimawende.



[umweltinstitut.org/newsletter](https://umweltinstitut.org/newsletter)

*E-Mail-Newsletter*

## Unsere sozialen Medien

Tagesaktuell informiert: Wir ordnen die wichtigsten  
News kritisch und unabhängig für Sie ein.



[instagram.com/umweltinstitut](https://www.instagram.com/umweltinstitut)

*@umweltinstitut*



[facebook.com/umweltinstitut.org](https://www.facebook.com/umweltinstitut.org)

*@umweltinstitut.org*



[linkedin.com/company/umweltinstitut](https://www.linkedin.com/company/umweltinstitut)

*@Umweltinstitut München*



**SPENDEN ODER BEITRÄGE  
AN DAS UMWELTINSTITUT SIND  
STEUERLICH ABSETZBAR.**

**Umweltinstitut München e.V.**  
Goethestraße 20  
80336 München  
Telefon 0 89 – 30 77 49 – 0  
Fax 0 89 – 30 77 49 – 20  
info@umweltinstitut.org  
www.umweltinstitut.org

**Spendenkonto**  
Bank: Sozialbank  
KTO: 88 311 03  
BLZ: 370 205 00  
IBAN: DE65 3702 0500 0008 8311 03  
BIC: BFSWDE33XXX



# IMPRESSUM



**Umweltinstitut  
München e.V.**

Umweltinstitut München e.V.  
Goethestraße 20  
80336 München  
Tel.: (089) 30 77 49-0  
Fax: (089) 30 77 49-20  
E-Mail: [info@umweltinstitut.org](mailto:info@umweltinstitut.org)  
[www.umweltinstitut.org](http://www.umweltinstitut.org)

Herausgeber: Umweltinstitut München e.V.  
Verantwortlich: Kerstin Viellehner  
Gestaltung und Illustrationen: Urs Bade, Rebecca Leiner  
Stand: 30.07.2024

**Bildnachweise:**

S. 6: Bild 1, 3, 5, 7, 8: Jörg Farys, Bild 2: Umweltinstitut München e.V. / S. 8: Bild 2, 4, 5, 10: Jörg Farys, Bild 6: Andi Weiland, Bild 7: Saskia Clemens, Bild 8: Umweltinstitut München e.V., Bild 9: Umweltinstitut München e.V., Bild 10: Jörg Farys / S. 10: Bild 1, 2, 3, 5: Jörg Farys, Bild 4, 6: Umweltinstitut München e.V. / S. 12: Jörg Farys / S. 13: Thomas Cytrynowic / S. 14: Lode Sadaine / S. 15-16: Andi Weiland / S. 17: Bild 1: Umweltinstitut München e.V., Bild 2, 3, 4: Andi Weiland / S. 18: Kaulquappe: Ruckszio @adobestock.com, Florfliege: Henrik Larsson @adobestock.com, Biene: Imkerei Hablützel @adobestock.com, Regenwurm: hsagencia @adobestock.com, Transparenter Körper: ag visuell @adobestock.com, Leber: eranicle @adobestock.com, Gehirn, Baby: SciePro @adobestock.com, Neuronen: MP @adobestock.com, Jugendliche: travelview @adobestock.com / S. 19: Jörg Farys / S. 20: Bild 1, 3: Johanna De Tessieres, Bild 2, 4: Umweltinstitut München e.V. / S. 21: Thibault Flament / S. 22: Bild 1: Filippo Letizi, Bild Kempfert: Oliver Betke, Bild Schneider: Sven Serkis (Der Paritätitsche) / S. 23: Jörg Farys / S. 24: Bild 1: Umweltinstitut München e.V., Bild 2: Jörg Farys, Bild 3: Filippo Letizi / S. 25: Jörg Farys / S. 26: Filippo Letizi / S. 27: Bild 1: Lukas Schulz, Bild 2: Aktionsbündnis Energiewende Heilbronn, Bild 3: FriedrichshafenZero / S. 28: Saskia Clemens / S. 29-30: Jörg Farys / S. 32: Pilze: SpicyTruffel @adobestock.com, Radi-Zeichen: nikolae @adobestock.com, Foto: Umweltinstitut München / S. 34: Jörg Farys / S. 35: Umweltinstitut München e.V. / S. 36: Umweltinstitut München e.V. / S. 37: Bild 1: Kitreel @adobestock.com, Bild 2: BG Stock @adobestock.com, Bild 3: Freebird @adobestock.com, Bild 4: Natalia Shmatova @adobestock.com / S. 38: Jörg Farys / S. 40: Bild 1: Nazaruk Nazar @adobestock.com, Portrait: Umweltinstitut München e.V. / S. 43: Vorstand: Umweltinstitut München e.V., Bild V. Schmitt: Umweltinstitut München e.V. / S. 44: Jörg Farys / S. 45: Umweltinstitut München e.V. / S. 46: Boris Smokrovic @unsplash / S. 54: Bild 1: Tanya Rozhnovskaya @adobestock.com, Bild 2: Artem Furman @adobestock.com / S. 56: Bild 1,4: Jörg Farys, Bild 2: Johanna De Tessieres, Bild 3: Andi Weiland